

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 16. Oktober 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Glossen zum Steuerraub. — Christliche Methode. — Die Entwicklung der Invaliden- und Altersversorgung im Ausland. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Zur Beachtung für die, die es angeht. — Wie heben wir unsern Versammlungsbesuch. — Rundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Adressen-Verzeichnis. — Ein Uebelstand.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Mülhausen (Eh.): Filial-Betrieb Schacher Mühle. — Baumholder: Firma Burger. — Naenzen: Firma Wähler III. — Niederlamitz: Werkplatz Heinrich. — Verbach bei Osterode: Pflastersteinbetrieb Belomettin.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:

Oesterreich: Ofegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Triest, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser. — Von der Firma Urmann & Co. sind in den Steinbrüchen von Schrems und Wolfsegg die Pflastersteinarbeiter ausgesperrt. Die Firma soll beabsichtigen, Arbeitskräfte in Süddeutschland zu werben. Also Achtung, Pflastersteinarbeiter!

Ungarn: Szolnok, Csátrabánya, Budapest, Közsabegy (Rissehejer Granitsteinbruch A. G.) und die Arbeiten dieser Firma in Gyalok.

Schweiz: Zürich, Gnadpfeiler, Wassen, Chexiol, Chur, Herzogenbüsch, St. Gallen.

Frankreich: Im Granitwerk in Abainville sind Differenzen ausgebrochen.

Glossen zum Steuerraub.

Das „große Werk“ des Steuerraubes ist vollbracht. Das arbeitende Volk ist mit einer neuen schweren Bürde belastet worden und man kann nun einmal studieren, wieviel Herausforderungen ein so geduldiges Volk wie wir Deutschen ertragen kann, ohne rebellisch zu werden, oder besser gesagt, wo die kritische Grenze ist, die erreicht sein muß, wenn die Wirkung die Ursache beseitigen soll. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so haben die, die behaupten, daß diese Grenze jetzt erreicht sei. Sicher herausstellen wird sich das erst bei den nächsten allgemeinen Wahlen zu der verantwortlichen Körperschaft, zum Reichstage. Die bisherigen drei Proben sind nicht unübel ausgefallen. Im Wahlkreise Neustadt-Landau hat die Nachwahl alle Hoffnungen auf der einen und alle Befürchtungen auf der andern Seite übertroffen, indem in diesem alten Besitz der „Ordnungs“parteien zum erstenmal ein Sozialdemokrat gewählt wurde. In Schneeberg-Stollberg, wo die Sozialdemokratie ein durch den Tod des bisherigen Vertreters Goldstein erledigtes Mandat zu verteidigen hatte, hat sie das Mandat mit einem kolossalen Stimmenzuwachs behauptet, und in Koblenz-St. Goar, einer alten sicheren Hochburg des Zentrums, hat diese Partei zwar das Mandat behauptet, aber nur unter einem gewaltigen Stimmenverlust, der fast an 8000 herantreibt, während die Sozialdemokratie gegen 700 Stimmen gewann. Das sind recht verheißungsvolle Resultate; möge das deutsche Volk nicht vergessen, in dieser Art zu antworten an dem einzigen Tage, wo sein Wort eine reale politische Macht ist, am Tage der Reichstagswahl.

Alle politische Kunst der Oppositionsparteien hat jetzt darin zu bestehen, die gegenwärtige Stimmung des Volkes zu erhalten, dafür zu sorgen, daß die Massen in den nächsten zwei Jahren nicht vergessen, was ihnen die Regierung und die zu ihr haltenden Parteien angetan haben. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, kommt dem Beschlusse des sozialdemokratischen Parteitags, allen Klassenbewußten Arbeitern die Enthaltensamkeit vom Schnaps genutz zur politischen Pflicht zu machen, eine hohe politische Bedeutung zu. Gewiß, es ist eine schöne Sache, daß dadurch dem Alkoholteufel manches Opfer entzogen wird und dem Alkoholkapital manche schöne Mark entgeht, die nun für Kulturgüter angewendet werden kann, und eine noch schönere Sache ist es, daß den Schnapsjunkern und der Regierung des Schnapsblocks ein tüchtiger Strich durch die Beuterechnungen gemacht wird; aber die schönste Sache bei dem Schnapsboykottbeschlusse ist, daß die gärende Unzufriedenheit der Massen jetzt ein positives Objekt erhält, an dem sie sich betätigen kann, so daß der Schnapsboykott gewissermaßen der Knoten ist, den manche Leute in ihr Taschentuch schlagen, wenn sie etwas Nütziges nicht vergessen wollen.

Man mag meinen, die Wirkungen der neuen Steuern wären schon so, daß sie kein Armer vergessen könnte. Das

mag für große Teile der Arbeiterschaft zutreffen; aber das Volk in seiner Gesamtheit hat in dieser Hinsicht ein unbegreiflich kurzes Gedächtnis. Wäre dem nicht so, der Steuerraub wäre nie gelungen, hätte nie eine Mehrheit im Parlament gefunden. Dies kurze Gedächtnis des großen Haufens ist ja gerade die stille Hoffnung aller Schulbigen. Wir möchten jetzt einmal dabei sein, wenn Ostelbiens Junker unter sich über die Reichsfinanzreform reden. Sie werden sicher ihr stilles Vergnügen an der Empörung der Massen haben und der eine wird zum andern sagen: Ich wette, Herr Bruder: in zwei Jahren wählt uns die Bande doch wieder! — Eigentlich — wer will es bestreiten? — haben die Junker ein Recht auf solche Sprache. Was hat die Gesellschaft schon an dem armen Volke gesündigt! Dies ist doch nicht das erste Mal, daß sie den Massen das Fell über die Ohren ziehen. Wieviel Steuern haben sie schon beschlossen, deren Ertrag ihren Interessen dienen mußte und die doch vom Volke aufgebracht werden! Wer kennt nicht die Verteuerung des Brotes durch die agrarischen Schutzzölle? Wer hat es nicht erfahren müssen, wie die Regierung den Junkern zuliebe die Grenzen gegen die Vieheinfuhr abschloß, damit sich das feudale Gefindel die Taschen füllen konnte, während das arme Volk hungern mußte? Und trotz alledem waren die Hottentottenwahlen möglich, die jene Reichstagsmehrheit schufen, der wir den neuesten Überlaß verdanken!

Doch die Weltgeschichte lehrt uns, daß jede Tyrannei, so übermütig sie sich auch gebärden mochte und so langmütig die Tyrannisierten auch waren, doch schließlich an der kritischen Grenze angelangt ist, von der wir sagten, daß dort die Wirkung die Ursache beseitigt. Und man lausche nur einmal, — etwas anders klingt es jetzt doch aus den Reihen der Volksbrüder, als nach früheren Großtaten. Zwar die Junker sind geborgen, sie sitzen noch fest im Sattel, so lange die Regierung ihnen gehorcht, was, wenn es nach dem Willen dieser Regierung ginge, bis ans Ende aller Erdentage der Fall wäre; aber auch dem andern Flügel der schamlosen Gesellschaft, bei den Heiligen des Zentrums, ist man sehr konsterniert. Ja, es ist wahr: im Zentrum, dem sonst so selbstsichern Zentrum, ist es nicht mehr ganz geheuer. Fank und Stank hat es zwar dort schon immer gegeben; aber das waren kleine Häfelein, die ohne tiefe Bedeutung waren. Jetzt hat die Unzufriedenheit die Massen gepackt. Man muß nur beobachten, wie sich die agitatorische Knüppelgarde der Heiligen die Finger wund schreibt, um aus Schwarz Weiß zu machen und heute zu segnen, was sie gestern, nämlich in den Tagen des konservativ-liberalen Blocks, verflucht hat. Die kleinen Pfäfflein vom Volksverein in dem M.-Gladbacher Hauptquartier, die sonst von den großen Zentrumsheeren gar sehr über die Achsel angesehen werden, sind jetzt dabei, die Partei zu retten und sind somit gegenwärtig die am meisten umworbenen Leute in ihrem Lager. Die christlichen Arbeitersekretäre, die früher so manches grobe und verletzende Wort von den Parteiführern hinunterschluden mußten, denen so oft ihre Anmaßung verwiesen wurde, sie sind jetzt nötig, um die unzufriedenen, rumorenden Massen zu beruhigen. Sie können den Ton treffen, den die Massen hören wollen, sie sind an den Umgang mit ihnen gewöhnt und kennen die wirksamsten Methoden der Täuschung am besten. Um den Volksverrat, zu dem die höheren Parteiführer die Parole gaben, zu verteidigen und zu beschönigen, ihn in eine große, gute Tat umzulügen und dadurch vollständig zu machen, dazu sind diese „Arbeiterführer“ gerade gut genug. Und sie halten sich nicht zu gut dazu! Den Leuten steigt nicht die Röte der Scham und der Entrüstung ins Gesicht, sie donnern nicht mit der früheren Arbeiterfaust auf den Tisch und sagen den schamlosen, frechen Interessenpolitikern nicht: Wir haben genug von eurem Verrat! Wir halten zum Volke, das von euch verraten und betrogen ist, dem ihr giftige, gefährliche Feinde seid! — Nein, sie erheben nicht die Fahne einer ehrlichen und ehrenden Rebellion, um gut zu machen, was sie lange gefehlt, sie schwenken ein, wie die Parteigrößen, die geistlichen Würdenträger und Zentrumsjunkern, kommandieren und erniedrigen sich zu diesem elenden Hundedienste!

Aber wird es ihnen gelingen, die großen Massen zu beruhigen und bei der Zentrumsfahne zu halten? Das hängt glücklicherweise nicht allein von ihrer Kunst und ihrem Willen ab. Daran werden sie es sicher nicht fehlen lassen; aber man muß ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Wo immer Gelegenheit dazu ist, und die wird sich in überquellender Fülle bieten, da muß von den frei denkenden Arbeitern das falsche Spiel der heiligen Steuerrauber bloßgelegt werden. Besonders in Gewerkschaftstreifen kann das sehr gut geschehen, denn die christlichen Gewerkschaftsführer, soweit sie im Reichstage sitzen, sind ja mitschuldig. Ihre Haltung ist in diesen Blättern bereits mehrfach beleuchtet worden, und darum mag es genügen, daran zu erinnern. Doch wir können nicht unterlassen, dabei einige Bemerkungen über die Schwindelphrasen von der „Neutralität der christlichen Gewerkschaften“ einzuschalten. Wie ist nämlich die Abhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von der Zentrumspartei offener zutage getreten, als in dieser Angelegenheit des Steuerraubes. Vor

Jahresfrist, als die „Reform“pläne der steuerdurstigen Regierung zuerst bekannt wurden, da konnte man auch in der „unparteiischen“ christlichen Gewerkschaftspresse oft auf abfällige Bemerkungen darüber stoßen. Da war das Wort Steuerraub ziemlich geläufig in jenen Kreisen. Es wurde auch manchmal herzhafte auf die Junker geschimpft, auf diese „selbstsüchtige Interessengruppe“. Dann, etwa im März, wurde es still. Während der Entscheidungskämpfe im Reichstage stellte sich die christliche Gewerkschaftspresse einfach tot; die Finanzreform, der sie früher, als sie noch im Anfangsstadium stand, lange Artikel gewidmet hatte, existierte jetzt gar nicht mehr für sie. Als der Kampf vorüber war und sich das Volk peinlich erschreckt den Segen besah, da verteidigten christliche Arbeiterblätter plötzlich die Steuern, und gegenwärtig ergeht man sich dort in den hundsgemeinsten Angriffen auf die Sozialdemokratie. Von den christlichen Arbeiterblättern kann man jetzt tatsächlich mit Heine sagen: Jedes ein Nachtopf, und kein Leerer.

Woher diese Wandlung? Das ist leicht zu erzählen. Als die Steuerpläne der Regierung erst auftauchten, da war das Zentrum noch Oppositionspartei, es stand noch da, wo es durch die Hottentottenwahlen hingelassen war. Demgemäß hatte es für die Steuerpolitik der Regierung und ihres Blocks nur Spott und Hohn. Natürlich machte die christliche Gewerkschaftspresse das mit. Das Zentrum pfeift vor, die christlichen Gewerkschaften pfeifen allemal nach. Dann kamen die Schwierigkeiten im Block; einsichtige Politiker sahen voraus, daß er sehr leicht in Scherben gehen könne. Selbstverständlich sah das auch das Zentrum, und da ihm in der Opposition nicht mehr wohl war, so laurierte es auf den entscheidenden Augenblick, wo es durch sein Eintreten den Block zertrümmern, den Blockader stützen und sich wieder an die Macht bringen könnte. Nun durfte nichts mehr gegen die Steuerpläne gesagt werden, denn es konnte ja sein, daß es sie selbst mit verwirklichen müßte. Es piff zurück, und die christlichen Gewerkschaftsblätter schwiegen. Und als dann der Raub unter hervorragender Mitwirkung des Zentrums gelungen war und die Massen aufbegehrt, da ging es los, da verteidigte man das, was man vorher angegriffen hatte. Gegenwärtig schimpft man über die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, die das verruchte Fallschpiel verdientermaßen aufgedeckt haben.

Will man angeführt dieser Tatsachen wirklich länger mit der Legende von der Neutralität der christlichen Gewerkschaften Dumme einfangen? Man versuche es!

Was die „Finanzreform“ und ihre Aufnahme im Bolke lehrt, das sollte auch von den andern Parteien beachtet werden. Die Liberalen mögen heilighaltig sein, daß sie ein gültiges Geschick davor bewahrt hat, mitschuldig zu werden. Denn in Wahrheit sind sie vor diesem Verhängnis eigentlich nur durch die Junker bewahrt worden. Sie hätten all die Steuern auf die Lebens- und Genußmittel bewilligt, wenn die hochbeinigen Junker die kleine Erbschaftsteuer angenommen hätten. Mögen sie aus den Geschehnissen lernen, daß ihre Zukunft davon abhängt, daß sie sich auf die Seite des Volkes stellen, um mit ihm gegen die politische und soziale Unkultur in Deutschland anzukämpfen. Jeder Arbeiter aber hat bei dieser Gelegenheit erneut gesehen, wo in dem widerlichen Chaos der Parteien der ragende Fels stand, auf den sich alles retten muß, und retten kann, was einer freien, gerechten Zukunft zutreibt. Dieser Fels war die Sozialdemokratie.

Christliche Methode.

Dem Verbandsorgan der Zimmerer entnehmen wir nachstehenden Bericht. Welcher Flegel die christlichen „Führer“ mit ihrer fanatischen Erfolgshatigkeit fähig sind, ist uns ja bereits zur Genüge bekannt aus unsern eigenen Berufsreisen, aber immerhin glauben wir unsern Lesern Nachstehendes nicht vorenthalten zu sollen:

„In Allenstein, der größten Zentrumsdomäne Ostpreußens, fand am Donnerstag, den 23. September, eine große öffentliche Versammlung des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands (Verwaltungsstelle Allenstein) statt, in welcher der Gewerkschaftssekretär, Herr Schönefeld aus Königsberg, über: Die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sprechen sollte. Zu dieser Versammlung war Genosse Kriese als Vertreter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands vom Vorsitzenden der christlichen Filiale in Allenstein brieflich eingeladen. Dieser Einladung folgte Genosse Kriese, und um die zu erwartenden Angriffe auf die Sozialdemokratie zu parieren, stellte sich auch Genosse Vinde aus Königsberg zu dieser Versammlung ein. Diesen schloß sich als dritter im roten Bunde auch noch der Gewerkschaftssekretär Trise aus Elbing an. Nach den bisher in christlichen Versammlungen gemachten Erfahrungen waren unsere Genossen durchaus vorbereitet, sich heftigen Insultationen, eventuell auch tätlichen Angriffen auszuwehren, als sie sich in die Höhle des „Löwen“ wagten, um so mehr, als die christliche „Allenstein Zeitung“ ein paar Tage vorher in zynischer Weise folgende Notiz brachte:

„Erlebnis eines Sozialdemokraten in Allenstein. Der Zimmergenosse Andre mußte am Montag in sehr fühlbarer Weise erfahren, daß in Allenstein für die Sozialdemokratie kein Boden ist. Im Schanklokale des Kaufmanns Engelmann führte er sozialdemokratische Reden — vielleicht fühlte er das Verlangen, als Agitator für die Allensteiner zu gründenden sozialdemokratischen Ver-

treten. Aber das bleibe dahingestellt. In jedem Falle kam er mit seiner „roten“ Lehre bei den übrigen, aus Arbeitern bestehenden Gassen des Lokals über an, Allensteiner Arbeiter pflegen mit den Prophezeien des Zukunftsstaates nicht zart umzugehen. Als Andre um 8 1/2 Uhr das Lokal verließ, fielen die gereizten Arbeiter in der Richtung wütend über ihn her und gaben ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie dadurch sehr drastischen Ausdruck, daß sie Andre windelweich prügeln. Mit einer glücklicherweise nicht gefährlichen Wunde am Kopfe mußte Andre froh sein, daß ein Polizeibeamter sich seiner hilfreich annahm.

Die Versammlung war von circa 350 Personen — zum größten Teil Maurern und Bauhilfsarbeitern, die dem christlichen Verbande angehören — besucht. Nur ganz wenige Anhänger des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands waren anwesend. In seinem Referat trug der Referent Schönkäs ein Zögling der M.-Gladbacher Schule, den Zuhörern nach echter Reichsverbandsmannier die unglaublichsten und tausendmal widerlegten Lügen und Verleumdungen gegen die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften in äußerst provozierendem Tone unter stürmischem Beifall der Zuhörer vor. Nur einige Stillproben seien davon hier wiedergegeben:

Aus reiner Arbeiterfreundlichkeit, um die Massen in Elend und Unzufriedenheit zu erhalten, haben die Führer der Sozialdemokratie im Reichstage gegen sämtliche sozialpolitischen, insbesondere gegen die Versicherungsgesetze, gestimmt. — „Sagt, Kollegen, ist das Krankenversicherungsgesetz nicht eine große Wohltat für die Arbeiter?“ (Chor: Jawohl!) „Und gegen dieses Gesetz stimmten die Sozialdemokraten!“ (Chor: Pstui!) „Ja, als die bürgerlichen Vertreter im Reichstage 26 Wochen Krankengeld bewilligten, stimmten auch gegen diese Verbesserung die Sozialdemokraten!“ (Chor: Hört, hört! Pstui!) „Ich frage euch, Kollegen, ist die Invaliden- und Unfallversicherung nicht eine große Wohltat für die Arbeiter?“ (Chor: Jawohl! ja wohl!) „Auch gegen diese Gesetze haben die Sozialdemokraten gestimmt, und dabei brauchen die Arbeiter zur Unfallversicherung keinen Pfennig Beitrag zu zahlen, alles zahlt der Arbeitgeber!“ (Chor: Pstui! Gemeinheit! Lumpen!) — „Gegen die Besteuerung des Champagners haben die Sozialdemokraten gestimmt, warum? Weil die Führer dieser Partei den Champagner mit Vorliebe trinken!“ Gegen die Automobilsteuern haben sie gestimmt, weil die reichen Millionäre der Partei im Automobil fahren!!! Auch gegen die Besteuerung der künstlichen Blumen stimmten sie, weil sie sich ihren Luxus nicht verteuern lassen wollten. Als Feinde jeder Religion wollen die Sozialdemokraten den Glauben an die Erschaffung des Menschen durch den lieben Gott beseitigen und hulbigen der unsinnigen (!!) Lehre Darwins, der Mensch stamme vom Affen ab. Denkt euch, Kollegen, wir Menschen sollen vom Affen abstammen. — (Großes Gelächter und Aufse: „Der mit den roten Affen!“) — „Und mit dieser Partei erklären sich die freien Gewerkschaften“ eins, und diese Gewerkschaft will sich hier in Allenstein festsetzen. (Nein! nein! raus mit den Affen, raus!)

Dann ging Schönkäs auf ein vom Genossen Kriese herausgegebenes Flugblatt, welches an die Maurer Allensteins gerichtet war, ein und suchte die darin durchaus sachlich gehaltenen Ausführungen in ganz perfider Weise zu entstellen, nachweisliche Tatsachen zu bestreiten und in das Gegenteil umzukehren.

Zosender Beifall seiner Getreuen belohnte den tapferen Redner am Schlusse seiner Ausführungen für diese Heldentat.

In der darauffolgenden Diskussion erhielt nun Genosse Kriese das Wort. Gleich zu Anfang seiner Rede empfing ihn wahres Indianergeheul. Schimpfworte, vermischt mit unartikulierten Lauten, unterbrachen fortwährend den Redner, ohne daß der Vorsitzende sich ernstlich Mühe gab, Ruhe zu schaffen.

Momente, in denen man sich in eine Menagerie versetzt glaubte, schienen am Vorstandstische ein Wollustgefühl hervorzuwecken. Freudestrahlend wechselte der Vorsitzende mit dem Arbeiterführer Schönkäs, den Berichterstatter und anderen Genossen Genossen verständnisvolle Blicke, wenn der ohrenbetäubende Lärm seinen Höhepunkt erreichte. Mit bewundernswürdiger Ruhe fing Genosse Kriese nach dem gewaltsamen Niederfahren immer wieder an, sachlich zu reden. Es war ihm aber nicht möglich, auf alle an Partei und Gewerkschaften gerichteten Lügen und Verleumdungen einzugehen, und weil er wußte, daß noch die Genossen Linde und Kriese sich zum Wort gemeldet hatten, setzte er seine nahezu erschöpften Lungen in Ruhe. Unsere Genossen hatten aber den Anstand der christlichen Gewerkschaftsführer viel zu hoch eingeschätzt. Genosse Linde hatte sich gleich zu Anfang der Rede des Genossen Kriese persönlich am Vorstandstische zum Wort gemeldet. Nach Kriese hielt es aber der Vorsitzende selbst für nötig, die Angriffe auf die Partei und Gewerkschaften fortzusetzen. Dann erhielt wieder Schönkäs das Wort zur Fortsetzung seiner Schimpfereien. Darauf gab der Vorsitzende jedem aus der Versammlung sich Meldenden das Wort, nur nicht dem Genossen Linde. Dieser ging nun zu dem christlichen Gewerkschaftsbeamten Schönkäs und appellierte an dessen Anstandsgesühl. Auch das nierte nichts. Immer mühter und drohender traten die fanatisierten Redner aus der Mitte der Versammlung, insbesondere gegen die Person des Genossen Kriese auf. Einer dieser Helben rief sogar mit überschneppender Stimme: „Steinigt ihn, steinigt ihn!“ Als dann aber Genosse Linde sich fortgesetzt zum Wort meldete und aus der Versammlung sich einige Stimmen bemerkbar machten und „reden lassen“ riefen, würgte der Vorsitzende die Diskussion ab, indem er anführte: „Kollegen, es haben sich nur noch zwei Gegner zum Worte gemeldet, aber ich denke, wir haben schon lange genug diskutiert. — Ja, ja! Nein, nein! ertönten Aufse. — Na dann möge die Versammlung entscheiden, ob wir die beiden Gegner noch anhören wollen. Sollen die beiden Herren noch reden? — Jetzt riefen eine beträchtliche Anzahl Personen: Jawohl! Andere wieder: Nein! — Na, ich sehe es schon an euren Gesichtern an, daß ihr nicht länger reden hören wollt, und es ist auch Zeit, nach Hause zu gehen für die, welche morgen arbeiten müssen, deshalb schließe ich die Versammlung. — Das war kurz vor 10 Uhr. Sautes Hallo und deutliche Widersprüche aus der Versammlung zeigten doch aber, daß nicht alle Versammlungsbesucher mit dieser Vergewaltigung der Gegner, welche von Schönkäs und dem gesamten Vorstand mit schadenfrohem Grinsen begleitet wurden, einverstanden waren. Der Vorsitzende hielt es dann noch für nötig, ein Hoch auf Wilhelm II. auszubringen, um die drei Genossen etwa in eine Falle zu locken. Drohende Gestalten scharten sich nun um diese herum und schienen ernstlich Lust zu haben, im entgegengegesetzten Sinne der christlichen Lehre: „Feurige Kohlen auf das Haupt ihrer Feinde zu sammeln.“ Ruhig und würdevoll verließen unsere drei „besiegten“ Genossen das Lokal, den Siegern ihren traurigen Ruhm überlassend. Draußen auf der Straße schlossen sich ihnen einige von Empörung über das Verhalten der acht „Christlichen“ erfüllte Arbeiter an und versprachen, von nun an mitzuwirken an der Aufklärung dieser in Finsternis lebenden Arbeiter. Und wir sind der Ueberzeugung, daß trotz der gemeinften und niederträchtigsten Machinationen unserer Gegner die moderne Arbeiterbewegung auch schließlich in Allenstein einziehen wird.

Wo die „christlichen“ Organisationen die Macht haben, werden sie stets nach obiger Methode verfahren; den Beweis dafür haben wir auch schon aus unserem Berufe mehrfach erbracht. Die Entrüstung über solche Handlungsweise weicht dem Mitleid und Ekel. Spafhaft aber bei der ganzen Angelegenheit ist, daß die Entwicklungslehre Darwins, die von den Christlichen so weit von sich gesehen, weil sie mit der biblischen Schöpfungsgeschichte auf recht gespanntem Fuße steht, ganz treffend durch die Christlichen illustriert, ja bewiesen wird. Denn, wo solche Sachen vorkommen, wie in Allenstein, ist die Entwicklung zum vernunftbegabten Wesen noch nicht vorhanden.

„gene“

Die Entwicklung der Invaliden- und Altersversorgung im Auslande.

Die soziale Gesetzgebung des Auslandes hat in den letzten Jahren ziemlich Fortschritte gemacht, namentlich auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. Die soziale Versicherung hat in einigen Staaten eine solche Ausgestaltung erfahren, daß sie wenigstens in manchen Punkten den deutschen Einrichtungen überlegen ist. Diese Feststellungen sind besonders wichtig im Hinblick auf die bei uns in Aussicht stehende Reform der Arbeiterversicherung, die nach den vorliegenden Entwürfen statt Verbesserung manche Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse bringen soll. Betrachten wir für heute die Gesetzgebung des Auslandes in bezug auf die Invaliditäts- und Altersversorgung.

Eine gesetzliche Regelung dieser Frage ist zurzeit in acht Staaten anzutreffen. Eine zwangswise Versicherung der Arbeiter zum Zwecke der gebahnten Versorgung wie in Deutschland hat freilich keiner dieser Staaten eingeführt. Die Regelung geschah vielmehr teils auf der Grundlage freiwilliger Versicherung und der staatlichen Subvention, teils auf der Grundlage beitragsloser Unterstützung, wobei die gesamten Kosten aus Staatsmitteln bestritten werden. Dagegen ist die obligatorische Versicherung, teils in besserer Gestalt als in Deutschland, ebenfalls in acht verschiedenen Staaten geplant.

In Frankreich besteht durch Gesetz vom 18. Juni 1850 eine nationale Altersrentenkasse. Zu dieser leistet der Staat Zuschüsse, und zwar bis zu einem Fünftel der Leistungen für jene Rentner, die mindestens 70 Jahre alt sein und 25 Beitragsjahre nachweisen können. Die Kasse hat eine ganz ansehnliche Ausdehnung erlangt. Im Jahre 1908 gewährte sie ca. 300 000 Renten im Betrage von ca. 43 Millionen Frank. Die staatliche Subvention wird auch den privaten gegenseitigen Hilfskassen zuteil, die die Altersversicherung betreiben. Weiter gewährt ein am 1. Januar 1909 in Kraft getretenes Gesetz jedem mittellosen französischen Staatsbürger, wenn er das 70. Lebensjahr vollendet hat oder Invalide ist, Anspruch auf Unterstützung. Diese hat mindestens 5 und höchstens 20 Frank im Monat zu betragen. Die Lasten bestreiten Gemeinde, Departement und Staat. Eine Vorlage über die obligatorische Invaliditäts- und Altersversicherung ist am 23. Februar 1906 vom Abgeordnetenhause beschloffen worden. Der Senat bereitet ihr aber Hindernisse und will sie in der gewählten Form nicht Gesetz werden lassen.

In Belgien besteht eine Altersrentenkasse ähnlich der französischen. Der Staatszuschuß zu jeder Rente richtet sich nach der Beitragsleistung des Versicherten. Die Zahl der Teilnehmer beträgt ca. 850 000, das Vermögen der Kasse über 100 Millionen Frank.

Italien erhielt durch Gesetz vom 17. Juli 1898 eine nationale Kasse für Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter. Beitrittsberechtigt sind auch selbständige Handwerker und Bauern. Der Staatszuschuß beträgt bis zu 10 Lire pro Rente und Jahr. Die Altersrente kann schon vom 55. Lebens-

jahre nach mindestens 10jähriger Beitragsleistung gewährt werden. Die Invalidenrente wird nach mindestens fünfjähriger Beitragszahlung gewährt. In den ersten sechs Jahren der Tätigkeit der Kasse ist die Zahl der Teilnehmer auf etwa 150 000 gesiegen.

Spanien besitzt durch Gesetz vom 27. Februar 1908 eine freiwillige Invaliden- und Altersversicherung. Die Versicherung wird in einer Staatsanstalt durchgeführt. Beitrittsberechtigt sind alle Lohnarbeiter und Angehörigen mit einem Jahresgehalt bis 2400 Mark. Zu den Renten, die bis zu 1200 Mark pro Jahr betragen, gewährt Staat und Gemeinde Zuschüsse.

In Dänemark regelt das Gesetz vom 9. April 1891 die Altersunterstützung Hilfsbedürftiger außerhalb der Armenpflege. Ein Anrecht auf die Unterstützungen haben die dänischen Staatsangehörigen, die nach Vollendung des 60. Lebensjahres nicht mehr imstande sind, für sich oder ihre Angehörigen zu sorgen. Die Höhe der Altersunterstützung ist vom Gesetz nicht bestimmt, sie wird für jeden Fall von der zuständigen Gemeindeverwaltung bemessen. Sie soll „das zum Unterhalt Nötige“ bieten. Die Kosten werden zur Hälfte von den Gemeinden und zur Hälfte vom Staat getragen.

In Australien hatten einzelne Bundesstaaten schon seit mehreren Jahren Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetze für das ganze Gebiet des Australischen Bundes (zu dem Neuseeland nicht gehört). Die Eigenartigkeit des Gesetzes besteht darin, daß sämtliche Leistungen ohne Beiträge der Versicherten aus Staatsmitteln gewährt werden. Es stellt den Grundsatz auf, „daß es der Billigkeit entspricht, daß rechtshaffene Personen, welche während der Kraft ihres Lebens dazu beigetragen haben, die öffentlichen Lasten der Kolonie durch die Zahlung von Steuern zu tragen, und ihre Hilfsquellen durch ihre Arbeit und Fähigkeit zu erschließen, in ihrem Alter von der Kolonie eine Rente erhalten.“ Zum Bezuge der Altersrente berechtigt sind die Männer, die das 65. und Frauen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Voraussetzung ist, daß die Rentenbewerber seit mindestens 25 Jahren im Gebiete des Australischen Bundes ansässig und unbescholten sind und Vermögen von mehr als 6200 Mark nicht besitzen. Eine Invalidenrente kann jede fünf Jahren in Australien wohnhafte Person beanspruchen, die dauernd arbeitsunfähig und mindestens 60 Jahre alt ist, und deren Invalidität in Australien eintrat. Die Renten werden in jedem einzelnen Falle von den zuständigen Behörden festgesetzt. Sie dürfen 520 Mark pro Person und Jahr nicht übersteigen. — In Neuseeland, dessen soziale Gesetzgebung für die australischen Staaten vorbildlich war, besteht ein ähnliches Altersversorgungsgesetz seit 1898. — Den Grundzügen der australischen Altersversorgung ist das in Großbritannien und Irland am 1. Januar 1909 in Kraft getretene Altersrentengesetz nachgebildet. Nach diesem hat Anspruch auf Altersrente jede über 70 Jahre alte Person, die seit mindestens 20 Jahren die britische Staatsangehörigkeit besitzt. Ausgeschlossen vom Rentenanspruch ist, wer ein Jahreseinkommen von mehr als 630 Mark hat, wer zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde und wer in einem Irrenhause ist. Die Rente beträgt bei einem Jahreseinkommen bis zu 420 Mark 5 Mark wöchentlich, von mehr als 420 bis 473 Mark 4 Mark, von mehr als 473 bis 525 Mark 3 Mark usw. Der Bezug der Rente benimmt die Empfänger keiner staatsbürgerlichen Rente. Die erforderlichen Geldmittel bewilligt das Parlament.

In Oesterreich ist eine obligatorische Invaliditäts- und Altersversicherung in Vorbereitung. Sie soll sich auf alle Ar-

beiter, angeheuren und sonstigen Gewerbetreibenden mit einem Jahresverdienst bis 2400 Kronen erstrecken. Die versicherungstechnischen Einrichtungen sind den deutschen nachgebildet, nur soll die Altersrente mit Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt werden. Bei den Selbständigen beträgt die Wartezeit zur Altersrente nur 200 Beitragswochen. Der Staatszuschuß zu jeder Rente beträgt 90 Kronen. An dem Zustandekommen der Versicherung ist kaum noch zu zweifeln.

Die russische Regierung hat den Entwurf eines Arbeiterversicherungsgesetzes ausarbeiten lassen, in dem auch die Invalidenversicherung vorgesehen ist. Die Vorlage sieht Versicherungsanstalten und ein Reichsversicherungsamt vor, in welchen auch die Arbeiter und Unternehmer eine Vertretung haben sollen. — In Finnland liegt ebenfalls bereits ein fertiger Entwurf eines Gesetzes über Invaliditäts- und Altersversicherung vor. Er lehnt sich vielfach an das deutsche Vorbild an. Abweichend ist, daß sechs Lohnklassen vorgesehen sind. Zur Anwartschaft auf Invalidenrente sind nur 150 Beitragswochen nötig. Die Altersrente soll nach Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt werden. Zu jeder Rente gewährt der Staat einen Zuschuß von 50 Mark jährlich. Die Beiträge werden zu gleichen Teilen von Versicherten und Unternehmern getragen. In den Verwaltungskörperschaften sind Arbeiter und Arbeitgeber direkt vertreten.

In Schweden und Norwegen sind Kommissionen eingesetzt worden, die Entwürfe von Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzen ausarbeiten sollen.

In der Schweiz wollen eine Anzahl Kantone der Frage näher treten. Eine in St. Gallen abgehaltene Versammlung sprach sich dafür und für Anstrengung eines Staatszuschusses aus.

In Luxemburg wurde von der Regierung bereits 1905 ein Entwurf einer Invaliden- und Altersversicherung mit einer ausgedehnten Begründung der Deseffektivität und den Behörden zur Kritik unterbreitet. Er lehnt sich ebenfalls an die deutschen Einrichtungen an, nur geht die Einkommengrenze für die Versicherungspflicht auf 3000 Frank; die Altersversorgung ist vorteilhafter als bei uns. Die Arbeiterschaft verlangt nachdrücklich das Inkrafttreten des Gesetzes.

Reformbestrebungen sind auch in den Niederlanden und zwar seit 1890 im Gange. Die bis jetzt noch nicht verwirklichten Absichten richten sich auf Einführung einer Zwangsversicherung.

Wir können mit einer gewissen Genugtuung dieser Gestaltung der Dinge gegenüberstehen, denn das Bismarcksche Wort: „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform“, gilt natürlich auch für das Ausland. Im übrigen müssen sich die deutschen Gesetzgeber energisch zu erheblichen Verbesserungen aufschwingen, wenn Deutschland „vorne“ bleiben soll.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen auf Grund des Statuts § 5, A und B, ist der Steinmetz Paul Gallun, zurzeit in Herford.

In der Lausitz sucht ein angebl. Bildhauer Paul Schönefelder die Mitglieder zu brandschäzen. Schönefelder war früher einmal Mitglied unserer Organisation, es ist aber schon recht lange her. Mit einem Schriftstück sucht Schönefelder Geld zu erlangen; also Vorsicht und Taschen zu!

Es stehen immer noch eine Anzahl Formulare aus von den statistischen Erhebungen. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Einsendung zu veranlassen. Das Formular A muß und kann von jeder Zahlstelle ausgefüllt werden.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 7. d. M. stand die Frage der Arbeitslosenfürsorge erneut zur Diskussion. Angepornt durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres und gestützt auf ein wichtiges statistisches Zahlenmaterial hatte die Ortsverwaltung einen Antrag eingebracht. Durch letzteren soll eine stärkere Befastigung der wirtschaftlich besser gestellten Kollegen stattfinden (in Form von Extrastunden), um die eventuell nötigen Mittel zu haben zur Linderung der größten Not, die im kommenden Winter durch die zu erwartende Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Daneben sind Schritte eingeleitet worden, welche die Arbeitslosigkeit auf ein Mindestmaß beschränken soll; durch mögliche Verkürzung der Arbeitszeit und eine paritätische Regelung der Arbeitsvermittlung. Inwieweit die nachgesuchten und bereits zugefangen Verhandlungen mit den Unternehmern praktische Erfolge haben, wird die Zukunft lehren. — Unsere Kollegenchaft steht der ganzen Frage äußerst skeptisch gegenüber. Die verschiedensten Gründe wurden gegen die Vorlage des Vorstandes ins Feld geführt. Zunächst das an sich berechtigte Verlangen nach einer zentralen Regelung der Arbeitslosenunterstützung. Der Hinweis, daß die von der Ortsverwaltung gewünschte örtliche Regelung ja nur ein Notbehelf bis zu der auf dem nächsten Verbandstage aufs neue fallenden Entscheidung in dieser Frage sei, zog nicht. Andere Redner sahen in der Extrabesteuerung, je nach der Höhe des Verdienstes, eine — Ungerechtigkeit. „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“, lautete die Parole. Das Prinzip des Eintretens des Starlen für den Schwachen fand keinen Widerhall, allerdings mit der milderen Einschränkung, daß die im günstigsten Falle einkommende Summe in gar keinem Verhältnis zu der zu lindernenden Not stünde. Also — alles oder nichts. Ein Vermittlungsvorschlag der Potsdamer Kollegen, Wogeneinkommen von 25 bis 30 Mk. mit 30 Pfg., einen solchen von 30 bis 35 Mk. mit 40 Pfg. und über 35 Mk. mit 50 Pfg. Extrastunden zu belegen (die Ortsverwaltung hatte nur zwei Klassen vorgesehen, 25 bis 30 Mk. mit 25 Pfg., über 30 Mk. mit 50 Pfg. auf die Dauer vom 1. November bis zum 1. März, also in der Zeit, in welcher der Gegensatz der Arbeit befindlichen und arbeitslosen Kollegen am trassesten hervortritt), fand ebenfalls keine Annahme. Dagegen wurde dem Vorstände ein Antrag der Schillingischen Kollegen überwiesen, welcher statt der Extrabestände, eine dauernde Beitragserhöhung von 70 Pfg. auf 1 Mk. zum Zwecke einer ebenfalls dauernden Arbeitslosenunterstützung forderte. Gemäß des im allgemeinen niedrigeren Verdienstes der Marmorarbeiter soll für diese eine niedrigere Beitragsklasse eingeführt werden. — Zuvor wurde die Abrechnung vom 3. Quartal entgegengenommen. Der Kassenbestand stieg von 6812.06 auf 7301.52 Mk., der Mitgliederstand von 688 auf 750. Die in Kraft getretene Sterbunterstützung wurde von unserem Orte gleich ziemlich stark in Anspruch genommen (sechs Fälle mit zusammen 180 Mk.). Neben den zentralen Unterstützungen wurden für örtliche Heise-, Kranken- und Sterbunterstützung 440 Mk. ausgegeben. Für den schwedischen Generalfreist sind neben 200 Mk. aus der Ortskasse bereits über 800 Mk. auf Sammelkästen eingebracht, im Ganzen also über 1000 Mk. abgeführt. — In der Marmorbranche hat eine rege Agitation eingesetzt. Daß sie von Erfolg gekrönt ist, ist Aufgabe aller Beteiligten.

Beucha. In der am 5. Oktober im Kasino tagenden Versammlung wurde die von der letzten Versammlung zurückgelassene Tagesordnung: Die erweiterte Bundesratsverordnung resp. deren Einhaltung in unseren Betrieben, sowie die Besprechung des Vortrags in Nr. 40 des Steinarbeiters erledigt. Zum 1. Punkt führte Gauweiler nach den Kollegen die Entscheidung der Bundesratsverordnung vor Augen und betonte, daß es lediglich das Verdienst des Steinarbeiterverbandes sei, daß sich der Bundesrat dazu bewegen ließ, diese Verordnung zu

Wer die Organisation bisher aus
Unkenntnis
noch nicht fand — macht ihn zu
eurem Freunde und Mitkämpfer!

Spanien besitzt durch Gesetz vom 27. Februar 1908 eine freiwillige Invaliden- und Altersversicherung. Die Versicherung wird in einer Staatsanstalt durchgeführt. Beitrittsberechtigt sind alle Lohnarbeiter und Angehörigen mit einem Jahresgehalt bis 2400 Mark. Zu den Renten, die bis zu 1200 Mark pro Jahr betragen, gewährt Staat und Gemeinde Zuschüsse.

In Dänemark regelt das Gesetz vom 9. April 1891 die Altersunterstützung Hilfsbedürftiger außerhalb der Armenpflege. Ein Anrecht auf die Unterstützungen haben die dänischen Staatsangehörigen, die nach Vollendung des 60. Lebensjahres nicht mehr imstande sind, für sich oder ihre Angehörigen zu sorgen. Die Höhe der Altersunterstützung ist vom Gesetz nicht bestimmt, sie wird für jeden Fall von der zuständigen Gemeindeverwaltung bemessen. Sie soll „das zum Unterhalt Nötige“ bieten. Die Kosten werden zur Hälfte von den Gemeinden und zur Hälfte vom Staat getragen.

In Australien hatten einzelne Bundesstaaten schon seit mehreren Jahren Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetze für das ganze Gebiet des Australischen Bundes (zu dem Neuseeland nicht gehört). Die Eigenartigkeit des Gesetzes besteht darin, daß sämtliche Leistungen ohne Beiträge der Versicherten aus Staatsmitteln gewährt werden. Es stellt den Grundsatz auf, „daß es der Billigkeit entspricht, daß rechtshaffene Personen, welche während der Kraft ihres Lebens dazu beigetragen haben, die öffentlichen Lasten der Kolonie durch die Zahlung von Steuern zu tragen, und ihre Hilfsquellen durch ihre Arbeit und Fähigkeit zu erschließen, in ihrem Alter von der Kolonie eine Rente erhalten.“ Zum Bezuge der Altersrente berechtigt sind die Männer, die das 65. und Frauen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Voraussetzung ist, daß die Rentenbewerber seit mindestens 25 Jahren im Gebiete des Australischen Bundes ansässig und unbescholten sind und Vermögen von mehr als 6200 Mark nicht besitzen. Eine Invalidenrente kann jede fünf Jahren in Australien wohnhafte Person beanspruchen, die dauernd arbeitsunfähig und mindestens 60 Jahre alt ist, und deren Invalidität in Australien eintrat. Die Renten werden in jedem einzelnen Falle von den zuständigen Behörden festgesetzt. Sie dürfen 520 Mark pro Person und Jahr nicht übersteigen. — In Neuseeland, dessen soziale Gesetzgebung für die australischen Staaten vorbildlich war, besteht ein ähnliches Altersversorgungsgesetz seit 1898. — Den Grundzügen der australischen Altersversorgung ist das in Großbritannien und Irland am 1. Januar 1909 in Kraft getretene Altersrentengesetz nachgebildet. Nach diesem hat Anspruch auf Altersrente jede über 70 Jahre alte Person, die seit mindestens 20 Jahren die britische Staatsangehörigkeit besitzt. Ausgeschlossen vom Rentenanspruch ist, wer ein Jahreseinkommen von mehr als 630 Mark hat, wer zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde und wer in einem Irrenhause ist. Die Rente beträgt bei einem Jahreseinkommen bis zu 420 Mark 5 Mark wöchentlich, von mehr als 420 bis 473 Mark 4 Mark, von mehr als 473 bis 525 Mark 3 Mark usw. Der Bezug der Rente benimmt die Empfänger keiner staatsbürgerlichen Rente. Die erforderlichen Geldmittel bewilligt das Parlament.

In Oesterreich ist eine obligatorische Invaliditäts- und Altersversicherung in Vorbereitung. Sie soll sich auf alle Ar-

beiter, angeheuren und sonstigen Gewerbetreibenden mit einem Jahresverdienst bis 2400 Kronen erstrecken. Die versicherungstechnischen Einrichtungen sind den deutschen nachgebildet, nur soll die Altersrente mit Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt werden. Bei den Selbständigen beträgt die Wartezeit zur Altersrente nur 200 Beitragswochen. Der Staatszuschuß zu jeder Rente beträgt 90 Kronen. An dem Zustandekommen der Versicherung ist kaum noch zu zweifeln.

Die russische Regierung hat den Entwurf eines Arbeiterversicherungsgesetzes ausarbeiten lassen, in dem auch die Invalidenversicherung vorgesehen ist. Die Vorlage sieht Versicherungsanstalten und ein Reichsversicherungsamt vor, in welchen auch die Arbeiter und Unternehmer eine Vertretung haben sollen. — In Finnland liegt ebenfalls bereits ein fertiger Entwurf eines Gesetzes über Invaliditäts- und Altersversicherung vor. Er lehnt sich vielfach an das deutsche Vorbild an. Abweichend ist, daß sechs Lohnklassen vorgesehen sind. Zur Anwartschaft auf Invalidenrente sind nur 150 Beitragswochen nötig. Die Altersrente soll nach Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt werden. Zu jeder Rente gewährt der Staat einen Zuschuß von 50 Mark jährlich. Die Beiträge werden zu gleichen Teilen von Versicherten und Unternehmern getragen. In den Verwaltungskörperschaften sind Arbeiter und Arbeitgeber direkt vertreten.

In Schweden und Norwegen sind Kommissionen eingesetzt worden, die Entwürfe von Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzen ausarbeiten sollen.

In der Schweiz wollen eine Anzahl Kantone der Frage näher treten. Eine in St. Gallen abgehaltene Versammlung sprach sich dafür und für Anstrengung eines Staatszuschusses aus.

In Luxemburg wurde von der Regierung bereits 1905 ein Entwurf einer Invaliden- und Altersversicherung mit einer ausgedehnten Begründung der Deseffektivität und den Behörden zur Kritik unterbreitet. Er lehnt sich ebenfalls an die deutschen Einrichtungen an, nur geht die Einkommengrenze für die Versicherungspflicht auf 3000 Frank; die Altersversorgung ist vorteilhafter als bei uns. Die Arbeiterschaft verlangt nachdrücklich das Inkrafttreten des Gesetzes.

Reformbestrebungen sind auch in den Niederlanden und zwar seit 1890 im Gange. Die bis jetzt noch nicht verwirklichten Absichten richten sich auf Einführung einer Zwangsversicherung.

Wir können mit einer gewissen Genugtuung dieser Gestaltung der Dinge gegenüberstehen, denn das Bismarcksche Wort: „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform“, gilt natürlich auch für das Ausland. Im übrigen müssen sich die deutschen Gesetzgeber energisch zu erheblichen Verbesserungen aufschwingen, wenn Deutschland „vorne“ bleiben soll.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen auf Grund des Statuts § 5, A und B, ist der Steinmetz Paul Gallun, zurzeit in Herford.

In der Lausitz sucht ein angebl. Bildhauer Paul Schönefelder die Mitglieder zu brandschäzen. Schönefelder war früher einmal Mitglied unserer Organisation, es ist aber schon recht lange her. Mit einem Schriftstück sucht Schönefelder Geld zu erlangen; also Vorsicht und Taschen zu!

Es stehen immer noch eine Anzahl Formulare aus von den statistischen Erhebungen. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Einsendung zu veranlassen. Das Formular A muß und kann von jeder Zahlstelle ausgefüllt werden.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 7. d. M. stand die Frage der Arbeitslosenfürsorge erneut zur Diskussion. Angepornt durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres und gestützt auf ein wichtiges statistisches Zahlenmaterial hatte die Ortsverwaltung einen Antrag eingebracht. Durch letzteren soll eine stärkere Befastigung der wirtschaftlich besser gestellten Kollegen stattfinden (in Form von Extrastunden), um die eventuell nötigen Mittel zu haben zur Linderung der größten Not, die im kommenden Winter durch die zu erwartende Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Daneben sind Schritte eingeleitet worden, welche die Arbeitslosigkeit auf ein Mindestmaß beschränken soll; durch mögliche Verkürzung der Arbeitszeit und eine paritätische Regelung der Arbeitsvermittlung. Inwieweit die nachgesuchten und bereits zugefangen Verhandlungen mit den Unternehmern praktische Erfolge haben, wird die Zukunft lehren. — Unsere Kollegenchaft steht der ganzen Frage äußerst skeptisch gegenüber. Die verschiedensten Gründe wurden gegen die Vorlage des Vorstandes ins Feld geführt. Zunächst das an sich berechtigte Verlangen nach einer zentralen Regelung der Arbeitslosenunterstützung. Der Hinweis, daß die von der Ortsverwaltung gewünschte örtliche Regelung ja nur ein Notbehelf bis zu der auf dem nächsten Verbandstage aufs neue fallenden Entscheidung in dieser Frage sei, zog nicht. Andere Redner sahen in der Extrabesteuerung, je nach der Höhe des Verdienstes, eine — Ungerechtigkeit. „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“, lautete die Parole. Das Prinzip des Eintretens des Starlen für den Schwachen fand keinen Widerhall, allerdings mit der milderen Einschränkung, daß die im günstigsten Falle einkommende Summe in gar keinem Verhältnis zu der zu lindernenden Not stünde. Also — alles oder nichts. Ein Vermittlungsvorschlag der Potsdamer Kollegen, Wogeneinkommen von 25 bis 30 Mk. mit 30 Pfg., einen solchen von 30 bis 35 Mk. mit 40 Pfg. und über 35 Mk. mit 50 Pfg. Extrastunden zu belegen (die Ortsverwaltung hatte nur zwei Klassen vorgesehen, 25 bis 30 Mk. mit 25 Pfg., über 30 Mk. mit 50 Pfg. auf die Dauer vom 1. November bis zum 1. März, also in der Zeit, in welcher der Gegensatz der Arbeit befindlichen und arbeitslosen Kollegen am trassesten hervortritt), fand ebenfalls keine Annahme. Dagegen wurde dem Vorstände ein Antrag der Schillingischen Kollegen überwiesen, welcher statt der Extrabestände, eine dauernde Beitragserhöhung von 70 Pfg. auf 1 Mk. zum Zwecke einer ebenfalls dauernden Arbeitslosenunterstützung forderte. Gemäß des im allgemeinen niedrigeren Verdienstes der Marmorarbeiter soll für diese eine niedrigere Beitragsklasse eingeführt werden. — Zuvor wurde die Abrechnung vom 3. Quartal entgegengenommen. Der Kassenbestand stieg von 6812.06 auf 7301.52 Mk., der Mitgliederstand von 688 auf 750. Die in Kraft getretene Sterbunterstützung wurde von unserem Orte gleich ziemlich stark in Anspruch genommen (sechs Fälle mit zusammen 180 Mk.). Neben den zentralen Unterstützungen wurden für örtliche Heise-, Kranken- und Sterbunterstützung 440 Mk. ausgegeben. Für den schwedischen Generalfreist sind neben 200 Mk. aus der Ortskasse bereits über 800 Mk. auf Sammelkästen eingebracht, im Ganzen also über 1000 Mk. abgeführt. — In der Marmorbranche hat eine rege Agitation eingesetzt. Daß sie von Erfolg gekrönt ist, ist Aufgabe aller Beteiligten.

erlassen. Durch die von der Organisation mit großem Eifer betriebenen statistischen Erhebungen ist dem Bundesrat so viel Material über die Schädlichkeit des Steinarbeiterberufs geliefert worden, daß er ein Eingreifen nicht mehr länger hinausschieben konnte. Wenn auch die Bundesratsverordnung, trotzdem diese am 1. Juli erweitert wurde, noch lange nicht unsern Wünschen entspricht, so bietet sie doch dem Arbeiter einigen Schutz. Den Unternehmern scheint die Erweiterung des § 4 arg in den Magen gefahren zu sein. Dessen unbestimmt hat jedoch der Arbeiter mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß uns das nicht durch die Profitsucht der Unternehmer illusorisch gemacht wird. In der auf die Ausführungen von Rudbäckel folgenden Debatte wurden verschiedene Mißstände betreffs Arbeitsbuden auf dem G u n t h e r s e h e n Werkplatz sowie im Kirchbruch P r e i ß e r z u Sprache gebracht. Desgleichen wurden die unzulänglichen Unter-
kunftsräume bei der Firma D a u l u. F o l l e r t einer lebhaften Kritik unterzogen. Kollege Schlegel schloß sich den Ausführungen von Rudbäckel an, wünschte aber zugleich, daß die Kollegen auch ihrerseits der Bundesratsverordnung mehr Beachtung schenken, und dort, wo der Unternehmer zum Schutze der Arbeiter Vorrichtungen angeschafft, diese auch benutzen. Schutzbrillen, Spreng-
gitter und Leibgürtel werden von sehr vielen Kollegen nicht in Benutzung genommen. Was wir laut Arbeiterschutzbestimmungen zu verlangen haben, haben wir auch zu benutzen. Sogar der Aufsichtsbeamte der Gewerbeinspektion beschwert sich über die Gleichgültigkeit der Arbeiter. Zum 2. Punkt gibt Kollege Schlegel eine Uebersicht über die Entwicklung der Steinindustrie und der Organisation der Steinarbeiter. Er weist den Kollegen auf Grund der letzten Jahresberichte zahlenmäßig nach, wie das Feld der organisationsfähigen Steinarbeiter in der Granit-
industrie erst jetzt erschlossen sei, währenddem es in der Sand-
stein- und Marmorbranche fast erschöpft sei. (?) Auch die Ver-
bandsleitung ist viel zu spät zu der Einsicht gekommen, daß nicht nur Sandstein-, Marmor- und zuletzt Granitsteinmehlen organi-
sationsfähig sind, sondern daß sämtliche in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter im Steinarbeiterverband zu organisieren seien. Dies ist wohl zum beträchtlichen Teil auf die Zusammen-
setzung der oberen Verwaltungsapparate zurückzuführen. (?) In seinem Artikel führe ja Kollege S t a u d i n g e r an, daß gewisse Branchengegenstände nicht nur unter der breiten Masse un-
serer organisierten Kollegen befänden, sondern daß dieselben bis in die obersten Verwaltungsstellen des Verbandes zu finden sind. Dies ist für eine Organisation nicht von Vorteil, sondern nagt Krebsartig an den Grundfäsen derselben. Dies zu beseitigen, sollte jedes einzelnen Pflicht sein. Um der Entwicklung un-
serer Organisation Rechnung zu tragen, können wir nicht umhin, der Granitindustrie Anteil an den oberen Verwaltungsarbeiten zu geben, und derjenige, welcher die Reize des Granitarbeiters dazu beweist, wird in der Praxis bitter enttäuscht werden. Es liegt uns fern, die Sandsteinarbeiter in irgendeiner Art und Weise herabzusetzen, aber aus taktischen Gründen muß in einer Organisation, wie der Steinarbeiterverband ist, der Branchen-
vertretung etwas mehr als bisher Rechnung getragen werden. Der Vorschlag Staudingers, daß die Zahlstellen Veuga und Meißer wohl in der Lage seien, je einige Kollegen in den Zentral- oder Verbandsauschuss zu delegieren, spricht für sich selbst. Die Zahlstelle Veuga verfügt ohne weiteres über derartige Kräfte, dasselbe wird auch in der Zahlstelle Meißer der Fall sein. Die hierauf sich entzonnene Debatte gab sehr deutlich zu erkennen, daß der Artikel des Kollegen Staudinger sehr gut angeprochen hat, und es wurde angeregt, die Sache in weiteren Versammlungen zu debattieren und zum nächsten Verbandstag einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Mit einem Appell des Vorstehenden, tatkräftig für unsere Organisation zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Blauberg. Wer glaubt, daß hier nach vierjähriger Verbandszugehörigkeit einigermaßen menschenwürdige Verhältnisse herrschen, der wird bitter enttäuscht. Von dem miserablen Lohn und dem schlechten Gehaltszettel, soll gar nicht die Rede sein. Das provozierende Vorgehen zweier Poliere möchten wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Einer dieser Herren, der im Fachblatt nicht unbekannt, Polier D o l l m e i e r aus Metten, scheint sich berufen zu fühlen, als Prügelpädagoge anstatt als Steinmehlpolier aufzutreten, dieser „sein gebildete“ Herr, der schon mehrmals den Gesellen Ohrfeigen anbot und auch ver-
reichte, dabei aber etlichemal den kürzeren ziehen mußte, scheint nun in seiner Verberbermut den Steinmehllehrjungen alle Knochen im Leibe entzwei werfen zu wollen. Diese traktiert er nicht mit Ohrfeigen, denn diese schwächigen, halbausgehun-
geren Jungen packt er, im Bewusstsein seiner männlichen Stärke, und schmeißt sie in eine Ecke, daß ihnen die Rippen im Leibe krachen. Fürwahr eine große Heldentat, arme Buben so zu behandeln! Genannte Lehrlinge müssen gegenwärtig von 25000 Stück Pflastersteinen die Kopfplatte mit Schlägen um-
ziehen und sein stochen; für diese Leistung wird pro Stück 4 Pfg. bezahlt. Der beste davon, ein bereits Ausgelernter, hat nun in 12 Arbeitstagen 220 Stück fertig gestellt, ergibt einen 14tägigen Verdienst von 8.80 Mk.; die meisten davon verdienen kaum die Hälfte. Macht nun einer die Arbeit nicht nach dem Willen Dollmeiers, so wird derselbe, wie angeführt, mißhandelt. Auch Bruchpolier G. D i e t r i c h, ebenfalls aus Metten, der seine brüderlichen Kenntnisse Gott weiß wo her hat (böse Zungen sagen aus seiner Jugend, wo er mit der Mistgabel oder als Hütejunge hantierte), macht den ihm unterstellten Brechern mit seinen praktischen Kenntnissen die Hölle ordentlich heiß, obwohl Brecher dabei sind, die so lange im Beruf sind, als D. an Jahren alt ist. Vor nicht ganz zwei Jahren hat sich ja sein Weltbild im Berufsverhältnis gezeigt, wo ein Arbeiter (Beer) von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen wurde; ob ein Beschädigten seinerseits damals vorlag, lassen wir dahingestellt. Doch erst vor kurzer Zeit löste sich wieder eine Schalenwand los und fiel herab, zum Glück während der Mittagsstunde. Wäre letztere während der Arbeitszeit heruntergefallen, so wäre nicht einer, sondern mehrere Arbeiter am Platz geblieben. Der Herr Fabrikinspektor dürfte in Blauberg wohl etwas umschauen halten; auch würde es der Betriebsdirektion nicht zum Schaden sein, wenn sie solche Uebelstände abstellen würde. Für die Kollegen am Orte aber soll es die Lehre sein, nicht nur Beiträge zu be-
zahlen, sondern ganz energisch Front gegen das willkürliche Ge-
baren dieser beiden Herren Poliere zu machen. Kollegen! Ge-
nügt es denn noch nicht, wenn ihr und eure Söhne die Knochen dem Unternehmern verkauft; sollen euren Jungen dieselben noch von einem übermütigen, ja frivolen Menschen entzwei ge-
schlagen werden? Oder ist es schon so weit, daß ihr einem solchen Gebahren mit der Faust in der Tasche gegenüberstehen müßt? Nein! Wenn auch das Unternehmertum und Scharober-
tum bei einigen Kollegen wieder zum Vorschein kommt, der größte Teil ist mit solchen Handlungsweisen nicht einverstanden. Es gibt noch Institute, und das ist hier der Deutsche Stein-
arbeiterverband, der die Rechte seiner Mitglieder stets wahren wird.

Freiburg (Baden). Am 2. Oktober tagte unsere General-
versammlung, zu der auch Gauleiter Braun anwesend war. Durch Verlesen der Mitgliederliste wurde festgestellt, daß sechs Kollegen fehlten. Zur Zeit sind 45 Kollegen hier in Arbeit. Der Geschäftsgang ist ein sehr flauer und aller Voraussicht nach wird der größte Teil der Kollegen in nächster Zeit arbeitslos. Gauleiter Braun hielt einen Vortrag über den Klassenkampf der Arbeiterschaft. Die Ausführungen fanden lebhaften Bei-
fall. Vor der Neuwahl des Vorstandes gab der Vorstehende einen Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Es fanden 27 Versammlungen und 15 Vorstandssitzungen statt. Schriftstücke wurden im ganzen 36 versandt (darunter befanden sich 7 Eingaben an den Stadtrat, betreffs Vergütung städtischer Steinhauerarbeit). Ferner wurde in 2 Fällen der Vorstand um Maßregelungsunterstützung und in 2 Fällen um Rechtschutz

angegangen. Wegen Ueberschreitung der Bundesratsverord-
nung, betreffs der Arbeitzeit, mußte gegen 5 Unternehmer An-
zeige erstattet werden. Umgelaufen sind 87 Schriftstücke. Die
Kollegen wurden zugleich noch aufgefordert, für den inneren
Ausbau unserer Organisation zu wirken, damit das durch un-
seren Streik Verlorene wieder errungen wird. Bei der Neu-
wahl wurde der bisherige Vorstehende und auch der Kassierer
wiedergewählt. Unser langjähriger Schriftführer, Kollege
Trentle wollte sein Amt nicht mehr weiterführen; an dessen
Stelle wurde Kollege Keller gewählt; auch bei den übrigen Vor-
standsmitgliedern gab es Aenderungen. Noch beschloffen wurde,
unser Versammlungs- und Verkehrslokal in die Wirtschaft zur
alten Löwenbrauerei, Löwenstraße 138, zu verlegen. Ferner
wurde noch unter anderem Stellung genommen zum Arbeits-
vertrag und zwar dahingehend, daß, sollten von Seiten der Unter-
nehmer keine Unterhandlungen angeknüpft werden, wir den Ver-
trag ablaufen lassen, ohne vordem in Unterhandlungen zu
treten. Scharf kritisiert wurde das Verhalten der Redaktion,
betreffs Kürzung unseres letzten Berichtes, wodurch das Ver-
halten der Firma Krens in unserem Fachblatt nicht zur Ge-
nüge veröffentlicht wurde. Im nächsten Jahre soll das 25jährige
Bestehen unserer Zahlstelle durch ein Fest begangen werden. Zum
Schluß wurde noch auf die kommende Landtagswahl hinge-
wiesen.

Rüttchenbach. Unweit von Randern, an der Schweizer
Grenze, liegen die Granitbrüche der Süddeutschen Granitwerke
Aktiengesellschaft, die in Rüttchenbach einen Betrieb unterhält.
Dort war ich nur 9 Tage beschäftigt. Habe also recht bald
wieder meine Siebenstagen gepackt; Grund hierzu waren die
Zustände, die ich nun mit einigen Worten schildern will. Der
Betrieb liegt an einer steilen Anhöhe, das Material ist gut für
Pflastersteine zu verarbeiten. Die Buden für die Bearbeitung
der Pflastersteine sind zufriedenstellend; aber desto schlimmer ist
es mit den Steinhauerbuden bestellt. Als Buden können die
überhaupt nicht bezeichnet werden; denn die Hinterwand wird
gebildet durch aufgeschichtete Mauersteine, von dieser Mauer
aus liegt ein Holzdach, durch das das Himmelblau die Stein-
mehlen anläßt. Bei Regenwetter ist es unmöglich, in diesen
sogenannten Buden zu arbeiten. Vielleicht soll das gelocherte
Holzdach zum Sprengen dienen, das vom Regen besorgt werden
soll — jedenfalls eine praktische Einrichtung, auf die gewiß noch
ein Patent kommt. Nur die undankbaren Steinmehlen haben
kein Verständnis dafür! Der Schutt in den Buden liegt der-
artig hoch, daß man beim Aufstehen, mit dem Kopf an das ge-
löcherte Holzdach stößt. Nehlich beschaffen ist die Baracke, die
als Unterfunktsraum dient, viel zu klein, um alle dort Be-
schäftigten fassen zu können. Etlche Kollegen kauern zu den
Mahlzeiten vor der Kantine. Es scheint, als wenn die Gewerbe-
inspektion sich überhaupt noch nicht hat dort sehen lassen, denn
sonst müßte es anders aussehen. Wo bleibt da die Bundesrats-
verordnung? Diese hängt wohl großmächtig aus, aber die Be-
stimmungen werden nicht beachtet. Die Kollegen sind fast alle
Verbandsmitglieder, und da ist es meines Erachtens angebracht,
auf die Beseitigung dieser Mißstände zu dringen.

Rartleuthen. Am 3. Oktober tagte eine Versammlung der
hiesigen Zahlstelle. Der Punkt Abrechnung mußte zurückgestellt
werden, da noch einige Sachen von der früheren Verwaltung
unklar sind. Zur Abrechnung als der ersten für die neue Orts-
verwaltung soll der Gauleiter zugezogen werden. Als Statistiker
wurde Kollege Ramser gewählt und ihm die genaue Kontrolle
der Karten empfohlen. Der Kollege Puruder besprach noch die
Kassensführung der früheren Verwaltung und erklärte es als
selbstverständlich, daß er für das Manko aufkomme. Es sei
hauptsächlich daraus entstanden, daß verschiedene Mitglieder
Marken erhalten, aber diese nicht bezahlten. Unter Verschiedenem
wurde kritisiert, daß am Ort zwei Kollegen arbeiten (Nischel
und Gessel), bereits über 12 Wochen, aber es nicht für nötig
fanden, ihre Mitgliedskarte vorzulegen! Angeblich wollen sie
ihre Beiträge in Niederamtig entrichten haben. In einer der
nächsten Versammlungen soll über einen eventuellen Kolalzu-
schlag der Beiträge Beschlus gefaßt werden.

Offenbach. Am 28. September fand im Saalbau eine gut-
besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt hielt
Gauleiter Sarfert einen Vortrag über Organisation und Agi-
tation, sowie die Lage in der Steinindustrie. Der Kartelldele-
gierter berichtete, daß in Offenbach in diesem Jahre infolge der
Krise von einem Gewerkschaftsfest Abstand genommen sei. Auch
finden in den einzelnen Gewerkschaften Feste statt, wodurch die
Arbeiter schon genügend in Anspruch genommen seien. Auch sei
im Kartell beschlossen, bei der nächsten Wahl zur Ortskranken-
kasse eine lebhaftere Tätigkeit zu entfalten, damit Vertreter ge-
wählt werden, die sich ihrer Aufgabe bewußt sind. Unter Ver-
chiedenem wurde nochmals über die Aufnahme des Streik-
brechers Dettig gesprochen. Es wurde auf einen früheren
Beschlus verwiesen, solche Elemente von uns fern zu halten.
Für die Zukunft sollen Kontrollkarten ausgegeben werden, um
den Versammlungsbesuch zu kontrollieren. Zum Schluß richtete
der Gauleiter noch einige aufmunternde Worte an die Kollegen,
die mit Beifall aufgenommen wurden.

Pöfen. Zurzeit herrschen am Orte recht traurige Verhält-
nisse, die in der Interesslosigkeit der hiesigen Mitglieder ihre
Ursache haben. Dies veranlaßt uns, einige Worte darüber zu
verlieren, schon deshalb, weil viel fremde Kollegen zureisen, die
dann enttäuscht wieder heimwärts ziehen. Bei der Firma Bött-
ger arbeiten zurzeit 8 Kollegen. Es soll laut Vereinbarung
nach dem alten Bunzlauer Tarif bezahlt werden, doch der
Meister scheint solche Abmachungen als Spielerei aufzufassen.
Ist ein Werkstück zu machen, wo der Lohn nicht dran zu holen,
dann freilich versteht er sich aufs Tarifrechnen. Kommt einmal
ein besseres Stück, dann heißt es einfach, das geht nicht nach dem
Tarif zu berechnen! Ja, was nützt denn da eine Vereinbarung
des Tarifs, wenn der Unternehmer damit nach Gutdünken
schaltet und waltet? Erst kürzlich hatte ein Kollege ein Werk-
stück zu fertigen, welches nach Tarif 45.60 Mk. beträgt, aber 30
Mark wurden geboten. Auf sofortiges Reklamieren wurden 35
Mark geboten mit der Bemerkung: „Das Stück geht nicht nach
Tarif zu rechnen.“ Es ist bald lächerlich, immer dieselbe Rebe-
wendung zu hören. In diesem Falle wurden nun dem Kollegen
die noch fehlenden Gelder gestiftet, wenn er den Beweis bringe,
daß der Tarif hier zugrunde gelegt werden kann. Na, versäumen
wir es der Betreffende nicht. Als wenn ein Lohnausfall von
10—15 Mk. ein Pappenstiel ist; solche Ansichten möchte man bald
bei dem Polier voraussetzen. Er scheint auch vergessen zu haben,
was er noch vor kurzem war. So könnten Dutzende von Bei-
spielen angeführt werden. Es liegt aber sehr viel an den hie-
sigen Mitgliedern; 25 sind Beitragszahler, und von diesen nur
4—5, die ihre Interessen vertreten. Für die Gesamtheit der
Kollegen kein schönes Zeugnis. Am letzten Dienstag fand eine
Versammlung statt, Besuch — acht Mitglieder. Die vorige mußte
schon ausfallen, weil nur der Vorstand anwesend war. Möchten
die Mitglieder sich aufrufen, damit mehr Zug in die Kolonne
kommt.

Waldheim (Zahlstelle Floss). Am Sonntag, den 3. Oktober,
fand in Waldheim eine Steinarbeiterversammlung statt, zu der
die Kollegen Fröhler und Besz aus Floss erschienen waren.
Unter den Kollegen, die seit Juni d. J. organisiert sind, war
jeder etwas Laueheit eingetriften, woran allerdings verschiedenes
Verhältnisse die Schuld tragen. Nach längeren Ausführungen
des Kollegen Fröhler versicherten jedoch die Kollegen, unent-
wegt zum Verbands zu halten und denselben unter keinen Um-
ständen mehr zu verlassen. Auch könnte es nicht schaden, das
schlechte Verhalten einiger Unterakfordanten etwas zu beleuchten.
Einer von diesen Herren (Grünauer ist sein Name), der früher
selbst dem Verbands angehört, scheint sich nicht, die Lehrlinge
zu terrorisieren, indem er diesen verbietet, mit den organisierten

Kollegen zu verkehren. Alle Mittel werden versucht, um die
Verührung der Lehrlinge mit den Organisierten zu verhin-
dern. Wir glauben, dem Herrn würde es selbst heute noch nicht
schaden, wenn er dem Verbands angehören würde; vielleicht
würde er ein wenig mehr Bildung lernen, als er sonst auf-
zuweisen hat. Auch wird einigen Kollegen der verdiente Lohn
einbehalten. Kollege Johann Sölgert hätte 41 Mk., Kollege
Georg Sölgert 42 Mk. Lohn zu bekommen. Obwohl die Kollegen
schon Klage eingereicht haben, konnten dieselben bisher doch
nichts bekommen, denn dieser Herr besitzt eben nichts, als die
„gute“ Eigenschaft, die Arbeiter um ihren verdienten Lohn zu
bringen und denselben für sich zu verwenden. Es wäre nur
zu wünschen, daß die Kollegen den Platz eines solchen „Unter-
nehmers“ meiden und demselben den Rat geben würden, seine
Stücke selbst anzufertigen. Man sollte es nicht für möglich
halten, daß den meisten Kollegen die Augen noch nicht aufgegan-
gen sind; wurde doch den Kollegen bei der Firma Kasser —
ebenfalls Unterakfordant von Brucher u. Egerers Gnaden — für
den laufenden Meter Stufen 60 Pfg. weniger gegeben, als die
Kollegen in Floss für die gleichen Stufen erhalten. Da würde
sich doch der Beitrag für den Verband zehnfach bezahlt machen.
Oder spüren die Kollegen die ungeheuren Lebensmittelpreise
und Steuererhöhungen nicht, weil sie nicht einmal bereit sind,
für bessere Lohnverhältnisse einzutreten? An die Kollegen,
welche schon dem Verbands angehören, richten wir den Appell,
treu und fest im Kampfe ums tägliche Brot auszuharren. Die
Fernstehenden fordern wir auf, unverzüglich dem Verbands bei-
zutreten, damit endlich auch für unsere rückständige Gegend
etwas Greifbares geschaffet werden kann und nicht immer die
Löhne vom Unternehmer allein diktiert werden können.

Zur Beachtung für die, die es angeht.

Im August dieses Jahres fanden im Thüringer Gau einige
Versammlungen statt, zu denen der Unterzeichnete als Referent
bestimmt war. In fast allen Versammlungen wurde seitens
einiger Mitglieder die Stellung des Zentralvorstands in Sachen
des Langensalzaer Streiks vom Winter 1908 einer Kritik unter-
zogen. Die Grundlage der Kritik bildete ein angeblicher Brief
seitens des Zentralvorstands, durch den die Erfurter Zahlstelle
angewiesen sein sollte, zureisenden bzw. durchreisenden Mit-
gliedern vom Streikort Langensalza die statutarische Reiseunter-
stützung zu verweigern! Der Unterzeichnete erklärte damals
scharf, daß eine solche Anweisung vom Zentralvorstand nicht
ergangen und, solange dieser angebliche Brief nicht vorgelegt
werde, die Behauptungen der betreffenden Kritiker Unwahr-
heiten seien. Es wurde aber verprochen, wenn die Behauptung
der Kollegen sich bestätige, durch Vorlegung des Briefes, der Vor-
wurf der Unwahrheit im „Steinarbeiter“ zurückgenommen wird.
Der Brief liegt nunmehr vor und — die Unwahrheit der Kri-
tiker wird damit dokumentiert. Ob es nun Böswilligkeit oder
ein Mißverständnis war, das die Kollegen zu der Behauptung
veranlaßte, mag ununtersucht bleiben. Ich nehme Mißverständ-
nis an. Der betreffende Brief ist an den früheren Gauleiter
Bühler gerichtet, den die Auszahlung der örtlichen Reiseunter-
stützung gar nichts angeht und, wenn wirklich die letztere ent-
zogen werden sollte, dann teilt man es doch der Zahlstellenver-
waltung mit und dann nicht nur in Erfurt, sondern den andern
Zahlstellen auch! Zu einer solchen Maßnahme aber, das betone
ich hier noch einmal ausdrücklich, hatte der Zentralvorstand keine
Veranlassung, oder richtiger gesagt, überhaupt keine Befugnis!
Die betreffende Stelle des Briefes, welche zu dem Mißverständ-
nis Veranlassung gibt, lautet: „Mit der statutarischen Reise-
unterstützung ist von unserer Seite nicht zu rechnen.“ Hier ist
doch schon durch den Empfänger des Briefes bewiesen, der,
nebenbei gesagt, den Vorstand von dem Streik in Kenntnis setzte,
ja selbst beim Streik beteiligt war, daß es sich um die statuta-
rische Reiseunterstützung handelt; die kein Ausbruch eines
Lohnkampfes an die abreisenden Streitenden auszahlt wird!
Damit hat sich wohl die Angelegenheit erledigt. Eine Klär-
stellung war schon angebracht, weil einige Mitglieder ein be-
sonderes Vergnügen daran haben, diese Seeschlange immer wie-
der aufleben zu lassen.
H. S.

Wie heben wir unseren Versammlungsbesuch.

Sieht man die Versammlungsberichte im „Steinarbeiter“
durch, so ist sehr häufig angeführt: „Die Versammlung war
schlecht besucht.“ Es ist das ein bedauerliches Zeugnis, das sich
die Steinarbeiter an den einzelnen Orten ausstellen lassen.
Besonders trifft aber hier die Versammlungsleiter die Schuld,
daß solche Uebelstände bestehen. Gerade in heutiger Zeit, in
der die wirtschaftlichen Verhältnisse so sehr ungepigt sind, sollte
angenommen werden, daß die Arbeiter größeres Interesse für
ihre Berufsorganisation befunden. Aber leider ist es umge-
kehrt.

Nun drängt sich die Frage auf, wie diesem Zustand, der
nicht nur in einigen Zahlstellen besteht, ein Ende bereitet wer-
den kann. Vor allen Dingen ist es meines Erachtens not-
wendig, die Versammlungen inhaltsreicher zu gestalten. Die
meisten Versammlungen werden einberufen mit der Tages-
ordnung: Quartalsabrechnung, Kartellbericht oder sonst ein Be-
richt zwischen durch, auch einmal Tarifangelegenheit usw. Solche
Berichte sind nun interessant genug, um eine Versammlung
damit auszufüllen, aber wenn die Tagesordnung immer ein und
dieselbe ist, werden die meisten auf die Dauer das Interesse ver-
lieren und lieber der Versammlung fern bleiben. Sie gehen
dann lieber lieber in die Klinkimvereine, wo sie mehr Stoff
zur Unterhaltung finden, allerdings keine Aufklärung in unserm
Sinne, und letzteres soll doch hauptsächlich die Aufgabe der Ver-
sammlungen sein, wenn sie überhaupt einen Zweck verfolgen
sollen. Es ist unbedingt notwendig, daß in den Versammlungen
oft ein Vortrag gehalten wird, wenn möglich in jeder! Zur
Erledigung der übrigen Punkte bleibt noch Zeit genug. Auch
wird der Referent gern die Gelegenheit wahrnehmen, soweit
seine Kenntnisse reichen, in die Diskussion einzugreifen und diese
dadurch auf ein höheres Niveau zu heben. Es gibt der Ange-
legenheiten genug, die in den Versammlungen referierend be-
handelt werden könnten. Nehmen wir z. B. den schwedischen
Generalstreik, die neue Reichsversicherungsordnung, die Reichs-
finanzreform und nicht zuletzt den kommenden Reichstaxtarif in
der Steinindustrie usw. Alle diese Fragen sollten unbedingt
einmal auf die Tagesordnung in den Versammlungen jeder
Zahlstelle gesetzt und geeignete Redner dazu gewonnen werden.
Es brauchen keine hochgelahrten Genossen zu sein; jeder Partei-
genosse resp. Berufs Kollege, der agitatorisch tätig ist, wird gern
bereit sein, ein oder das andre Mal ein solches Referat zu über-
nehmen. Ich bin fest überzeugt, daß in den meisten Zahlstellen
die neue Reichsversicherungsordnung noch nicht behandelt ist.
Und doch ist gerade diese „Reform“ für uns von so ungeheurer
Wichtigkeit. Das Fachblatt der „Steinarbeiter“ ist gar nicht in
der Lage, alle diese Fragen, die sich täglich aufdrängen, stets
eingehend zu behandeln, desto mehr ist es notwendig, solche Fra-
gen in den Versammlungen zu erörtern. Im nächsten Früh-
jahr laufen ein sehr großer Teil der Tarife ab und die Unter-
nehmer tragen sich mit dem Gedanken auf Schaffung eines
Reichstaxtarifs. Alles Fragen, bei denen wir nicht warten sollten,
bis die Sache brennend wird. Die Versammlungen können
durch solche Vorträge wie oben angeführt, nur gewinnen; ein-
steils wird Aufklärung unter den Mitgliedern geschaffen, zum
andern werden die Mitglieder mehr an die Versammlungen ge-
fesselt, wodurch wir wieder neue Kämpfer für unsere großen
Ideale erziehen.

Nun mag man einwenden, daß es nicht möglich ist, jedes-
mal einen Referenten zu den Versammlungen zu bekommen. Es
ist richtig, daß gerade unter den Steinarbeitern ein recht großer

Mangel an geeigneten Rednern herrscht; aber wie schon oben hingewiesen, wird jeder Parteigenosse, wenn nur möglich, gern ein solches Referat übernehmen. Man darf selbstverständlich nicht erst im letzten Augenblick sich umsehen. Wie oft ist nicht schon darauf hingewiesen worden, daß kleine Vorträge eines Artikels u. dergl. denselben Zweck erfüllen wie ein Vortrag, aber es wird wohl verschwindend wenig Gebrauch davon gemacht.

Auf eins soll noch hingewiesen werden; man darf sich von einem einzelnen Vortrag nicht etwa alles versprechen. Und es ist durchaus nicht unbedingt notwendig, daß alle Mitglieder in der Versammlung erscheinen. Die Aufklärung geht sehr langsam voran, und dann gibt es ja bekanntlich Mitglieder, die überhaupt nicht aufzuklären sind. Wenn aber Vorträge öfter abgehalten werden, dann wirkt das von selbst einladend für die folgenden Versammlungen. Auch der Baueiste wird sich gemüht fühlen und in der nächsten Zusammenkunft erscheinen. Damit werden dauernde Versammlungsbefucher erzogen. Der Winter steht vor der Tür; es gilt nicht nur durch die Krise verlorene Mitglieder wiederzugewinnen, sondern auch die uns noch fernstehenden heranzuziehen, um den kommenden Kämpfen gewachsen zu sein. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß wir das Wissen, den geistigen Horizont der schon Angehörigen erweitern, um agitatorisch wirken zu können.

Nur der ist in der Lage, einen andern aufzuklären, der selbst über das nötige Wissen verfügt.

Das nächste Frühjahr wird für uns eine Kampfperiode, wozu wir geschulte Köpfe brauchen. Hier ist die Versammlung ein Teil der Schulungsmittel, darum müssen diese inhaltsvoller ausgestaltet werden.

Rundschau.

Die Wiener Marmorarbeiter haben infolge ihrer strammen Organisation einen guten Erfolg durch Abschließung eines Lohn- und Arbeitsvertrages zu verzeichnen. Bereits 29 Firmen mit 308 Arbeitern haben den Vertrag unterschrieben. Der Minimallohn für Steinmetzen und Handfleischer beträgt nun 56 Heller, für ältere und schwache Arbeiter 53 Heller. Allen Arbeitern wird der bisher gezahlte Lohn um 3 Heller pro Stunde aufgebessert. Die Arbeitszeit ist neun Stunden. Der Vertrag sieht ferner Bestimmungen über Werkzeug, Material für Schleifer, Ueberstunden, Arbeitsvermittlung vor. Zwei Bestimmungen sind von besonderem Interesse:

„In der Woche alltäglich anberaumte Ueberstunden werden nur gemacht, wenn keine Arbeitslosen vorhanden sind.“

Nach Arbeitslohn und während der Pausen sind die Werkstatthalter berechtigt, in der Werkstätte die Organisationsbeiträge von den Mitgliedern einzukassieren.“

Für die schwedischen Kämpfer sind laut Quittung des Kassierers der Generalkommission bis zum 25. September dafelbst 1 027 751.16 Mk. eingegangen.

Die ausländischen Arbeiter in Deutschland. Während die überseeische Auswanderung aus Deutschland von 184 200 oder 285 pro 100 000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1881 bis 1890, auf 19 900 oder 32 pro 100 000 Einwohner im Jahre 1908, also ganz bedeutend zurückgegangen ist, wächst die Zuwanderung ausländischer Arbeiter nach Deutschland in ganz hervorragendem Maße. Der Regierungsassessor Dr. B. V. o. denstein veröffentlicht seinen Vortrag, den er am 17. Mai d. J. auf der Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine gehalten hat. (Der Arbeitsmarkt, Berlin 1909, bei Puttkammer u. Mühlbrecht) und in dem er die Ergebnisse der Ausländerlisten, die von den preussischen Landratsämtern geführt werden, veröffentlicht. Danach betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter in Preußen in den Jahren 1905 bis 1908 aus:

Rußland	Oesterreich	Italien	Belgien	Holland	sonst. Länder	Insgesamt
1905: 124 000	182 000	84 000	5000	?	78 700	454 000
1906: 143 000	253 000	89 000	6300	77 800	35 800	605 000
1907: 158 000	314 000	116 000	7900	99 800	38 000	739 000
1908: 184 000	342 000	106 000	7600	104 000	37 700	780 000

Im Jahre 1905 sind die Holländer unter den „sonstigen Ländern“ rubriziert. Von den 780 000 ausländischen Arbeitern im Jahre 1908 waren 471 000 Industriearbeiter und 309 000 Landarbeiter. Oesterreich-Ungarn (Galizien) und Rußland liefern die meisten Arbeiter. Unter den im Jahre 1907 im allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum versicherten Mitgliedern fanden sich bei einer Belegschaft von 311 649 Personen 25 748 Ausländer, gegen 4293 im Jahre 1899. In der Provinz Pommern ist die Zahl der ausländischen Arbeiter von 9500 im Jahre 1900 auf 19 100 in 1905 und auf beinahe 27 100 in 1907 gestiegen. In den südlichen Bundesstaaten tritt die Beschäftigung ausländischer Arbeiter sehr zurück. Eine Ausnahme stellt die Elbsaß-Lothringen ein. Nach der halbjährlichen in Elbsaß-Lothringen aufgestellten Ausländerstatistik stand einer Bevölkerung von 1 800 000 Köpfen eine am 30. September ermittelte Zahl von 88 000 Ausländern gegenüber; nahezu 5 Proz. der Bevölkerung sind also Ausländer und zwar Arbeiter. Von diesem sind 36 000 Italiener, 14 000 Franzosen, 12 000 Schweizer und 11 000 sind aus Luxemburg.

Mit den fremdländischen Arbeitern in den andern Bundesstaaten, insbesondere in Baden und Sachsen, glaubt Bodenstein die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland auf eine Million schätzen zu können. Während Deutschland vom Jahre 1871 bis 1895 durch Wanderung fast 2 1/2 Millionen Menschen mehr verloren als aufgenommen hat, hat sich die Reichsbevölkerung von 1895 bis 1900 um 94 000 und im letzten Jahrzehnt um 52 000 Personen stärker vermehrt als der Geburtenüberschuß beträgt. An Stelle des Auswanderungsproblems ist in Deutschland das Einwanderungsproblem getreten.

Der Verband der Bäcker entfaltet im Oktober eine größere Agitation durch Abhaltung öffentlicher Versammlungen. Im Juli und August traten dem Verband 1767 Berufsgenossen bei, davon sind durch Hausagitation 600 Mitglieder gewonnen.

Drei christliche Heldenaten. Bei der Firma H. Rebstein in Pforzheim kam es kürzlich zu Differenzen, weil die Firma das schriftlich gegebene Versprechen, solange keine neuen Arbeitskräfte einzustellen, bis die vorhandenen voll beschäftigt werden können, gebrochen hatte. Durch Vorstelligerwerden von zwei hierzu beauftragten Arbeitern wurde zwar die Sache wieder geregelt, die beiden wurden aber zwei Tage später entlassen. Die übrigen Arbeiter, die sämtlich Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands sind, erklärten sich mit den Gemahregelten solidarisch und verlangten die Zurücknahme der Entlassungen. Herr Rebstein erklärte jedoch, daß ihm das hiesige „Christliche“ Gewerkschaftskartell so viel Schuhmacher zur Verfügung stelle wie er brauche. Als hierauf die Arbeiter in den Ausstand traten, standen schon zwei christlich organisierte Arbeiter unter Bedeckung eines Schuhmannes vis-a-vis des Hauses und besetzten die Plätze der Ausständigen. Auch dem Gauleiter gegenüber erklärte Herr Rebstein, daß ihm der Kassierer des „Christlichen“ Gewerkschaftskartells in Pforzheim Arbeitskräfte beschaffen werde. Als der Vorsitzende des christlichen Leberarbeiterverbandes wegen dieser Sache zu einer Versammlung eingeladen wurde, erklärte er, er komme nicht, er habe noch mehr Kollegen, die er zu Rebstein schicken werde. Also nach allen Regeln der Kunst ein christlich organisierter Streikbrecher. Dabei ist noch zu erwähnen, daß diese christlichen Streikbrecher nicht etwa vorher ohne Beschäftigung waren, sondern sie befanden sich vielmehr in Arbeit; sie haben sie verlassen, um bei Rebstein Streikbrecher zu spielen.

Bei der Lohnbewegung der Schuhmacher in Konstanz, die im vergangenen Frühjahr stattfand, wurde vom „Zentralverband“ und vom „Christlichen Verband“ ein gemeinsamer Tarif aufgestellt. Nachher reichten aber die Christlichen einen wesentlich niedrigeren Tarif an die Meister ein, der jedoch von den Meistern ebenfalls abgelehnt wurde. Bei dem Verjuche, Unterhandlungen anzubahnen, erklärten die zwei „Vertreter“ des „Christlichen“ Verbandes einem Meister, daß man eigentlich mit dem alten Tarif zufrieden sein könne. — Nachher reduzierten die „Christlichen“ ihren eingereichten Tarif nochmals und — wie die Meister selbst mitteilten — wurde ihnen dieser zweimal reduzierte christliche Tarif zur Anerkennung mit dem Bemerken vorgelegt, sie möchten nur unterzeichnen, mit der Bezahlung brauchen sie es ja nicht so genau zu nehmen.

Um die Beseitigung einiger Mißstände im Betriebe herbeizuführen, sah sich die Zahlstelle Sechingen (Hohenzollern) des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands veranlaßt, Sechingen und Stetten für Zuschneider zu sperren. Die Christlichen versprachen, sich dieser Maßnahme anzuschließen und warnten in ihrem Organ auch tatsächlich vor Zugzug. Jetzt ist festgestellt, daß die Christlichen sich bemühten, Zuschneider nach Sechingen und Stetten zu bringen. Sie versprachen den Zuschneidern eine Arbeitsstelle unter der Bedingung, daß sie dem „Christlichen Schuh- und Lederarbeiterverband“ beitreten. — Also die alte Geschichte wie von der Kage, die das Kaufen nicht läßt.

Der Konsumverein Sera-Debschwig als Preisregulator im Kohlenhandel. Was eine große Konsumentenorganisation in preisregulierender Hinsicht zu leisten imstande ist, dafür legt die Einwirkung des Konsumvereins Sera-Debschwig auf die Preisgestaltung im Kohlenhandel glänzendes Zeugnis ab. Im nicht von der Preisvereinigung mitteldeutscher Braunkohlenwerke abhängig zu sein und die von dieser bitterten hohen Preise bezahlen zu müssen, trat der Konsumverein aus der Vereinigung aus und machte einen Abschluß mit einem ringfreien Werk. Der Konsumverein war daher in der Lage, die Britetts billiger verkaufen zu können wie jede Konkurrenz. Die Folge davon war, daß sich der Absatz der der hiesigen Brikettverkaufsvereinigung angehörenden Händler erheblich verminderte und die letzteren bei der Preisvereinigung der Werke vorstellig wurden. Diese hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, nicht nur für 1. September keine Erhöhung eintreten zu lassen, sondern auch die Erhöhung vom 1. Juli wieder aufzuheben und außerdem noch einen Nachschuß von 4 Mk. pro Doppelwaggon zu gewähren. Alle diese Umstände bedingen eine Ermäßigung von 14 Mk. für 200 Zentner oder 7 Pfg. für den Zentner, die nicht eingetreten wäre, wenn der Konsumverein nicht ringfreie Ware geführt hätte. Der Konsumverein hat also nicht nur im Interesse seiner Mitglieder, sondern auch sämtlicher Konsumenten gewirkt, also der Allgemeinheit einen großen wirtschaftlichen Vorteil geschaffen. Daß die Werke billiger liefern können, bewies schon der Umstand, daß die Briketts derselben Gruben in Böhmen billiger verkauft wurden als im Inlande. Aus diesem Beispiel mögen die Konsumenten ersehen, welche bedeutsame gemeinnützige Einrichtung der Konsumverein ist. Der Fall zeigt, daß die Vorteile des Konsumvereins nicht nur in der Erzielung hoher „Dividenden“ liegen.

Steinarbeiter! Vergesst die heldenmütigen Kämpfer Schwedens nicht.

Literarisches.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur- und Geistesleben. Herausgegeben von M. S. Baeger und E. W. Trojan. Verlag: Reichmann u. Co., Leipzig, Bayerische Str. 4. Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportageure zum Preise von 1.25 Mk. vierteljährlich, direkt vom Verlag 5.75 Mk. jährlich. Einzelne Hefte 25 Pfg.

Der Berliner Tierbuch-Kalender 1910 ist erschienen, herausgegeben vom Berliner Tierbuchverein und auch von dort zu beziehen (Berlin SW. 11). Dieses mit zahlreichen Abbildungen versehene Büchlein, welches hauptsächlich für die Jugend geschrieben, erscheint nun seit Jahren in der ungeheuren Auflage von 1 600 000 Stück. Ein Beweis, daß es viel gelesen wird und ein wohlfeiles Mittel ist, um die Kinder tierfreundlich zu machen. Das Heft hat 48 Seiten, 28 Textbilder und kostet pro Stück franko 10 Pfg. Bei größeren Bezügen entsprechend billiger.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Sternensfeld, Der Kollege Heinrich Kilian, geboren am 18. Juni 1891 in Diefenbach, hat bei seiner Abreise vergessen seine Interimskarte zu ordnen und mitzunehmen. Die Ortsverwaltungen mögen dies beachten.

Rappelroed, Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen der Kollegen Mathias Kresse, geb. am 13. Februar 1882 in Pandlern (Oesterreich) und Alois Eißel, geb. am 11. Dezember 1884 in Einsheim a. Elsenz (Baden), zu übermitteln, wofür ich im Voraus meinen Dank ausspreche.

Yoh. Weinbl, Vorsitzender.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. Oktober 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrastener.)

Neuchâtel, Ab. 6. — Roßbach, B. 126. — Nördlingen, B. 49.85, K. 2.10. Grünfeld, B. 138. — E. 0.50, K. 9. — M. 3.90. Effen, B. 368. — Emmendingen, B. 6.75. Danzig, B. 34.04. Bügow, B. 72.22. E. 0.50, K. 0.10. Bunzlau, B. 147. — Berlin, B. 644. — K. 14.75. Ammerdingen, B. 27.60, K. 2.40. Bad Nibling, B. 154.56, E. 1. — K. 1. — M. 0.20. Weidenheim, B. 0.55. Rosenheim, B. 2.40. Etade, B. 2.40. Emden, B. 5. — Eriebel, B. 2.75. Wittenberg, B. 9.85. Jever, B. 4.50. Schwiebus, B. 4.40. Berlin, B. 3.40. Pasewalk, B. 2.70. Bremen, B. 46. — K. 4. — Gebweiler, B. 89.24, K. 2.40. Grimma, B. 168. — Konstanz, B. 126. — K. 10. — Kirchhaußen, B. 95.34, E. 7. — K. 11.10, M. 7.80. Meißner I, B. 358.80, K. 1.20. Madweiler, B. 62.70, K. 10. — X. 1. — Mannheim, B. 92. — E. 2. — K. 2. — Münster, B. 222. — E. 7.50, K. 1.80. Rieder, B. 26.68, E. 0.50, K. 3.80. Volksberg, B. 76. — M. 5.60. Frier, B. 30.36, E. 5. — K. 3.95. Pirna, B. 7620. — E. 50. — K. 300.10. Retten, B. 590.04, E. 2.50, K. 8.80. Godenau, E. 0.50, K. 8.50. Amkirchen, B. 41.80, E. 2.50, K. 13.45. Copitz, Div. 232.50. Melanne, Ins. 2.10. Rendsburg, B. 2.75. Weisel, B. 5.96, E. 6.50. Berden, B. 5.60. Spittal, B. 2.95. Nienketten, B. 5. — M. 5. — Zwingenberg, B. 84. — Strehlen, B. 132.85, E. 3. — K. 4.40, M. 0.50. Stuttgart, B. 39.90, K. 0.10. Sparned, B. 110.88, E. 1.50, K. 0.15. Reutlingen, B. 34.86, E. 2. — K. 0.70. Karlsruhe, B. 92. — K. 10. — Kaiserhammer, B. 71.40, K. 7.85. Deucha, B. 318.38, E. 6. — K. 17.30, M. 4.50. Apolba (Wubinaf), B. 1.30. Blankenburg, B. 2.10, K. 1.65. Deutmannsdorf, B. 36.80, K. 3.70. Eisenach, B. 355.58, E. 0.50, K. 4.80, M. 0.70. Hoß, B. 168. — Mühlhaußen i. Thür., B. 249.80, K. 1.90. Westhofen, B. 27.80, E. 7.50, K. 10. — M. 3.80. Weissenstadt, B. 94.50, K. 1.50. Mühlhaußen i. Elß., B. 108.10, K. 0.40. Langen-Altheim, B. 16.28, E. 1. — Pöbau, B. 762.98, E. 23. — M. 1. — Hof i. Bay., B. 138. — K. 2.30, M. 0.75. Dayrentz, B. 58.80. Behnsdorf, 10. — Bernburg, B. 9.75. Ludwig Geißt, Kassierer.

Briefkasten.

Notz, St. Einsehung wird abgelehnt, trotz von Beleidigungen. — Herdede. Der Vorwurf in dem uns übermittelten Bericht, daß die Gauleitung Herdede „stiefmütterlich“ behandle, ist nach unserer Information nicht angebracht. Laut Gau-Abrechnung vom 2. Quartal 1909 (das dritte liegt noch nicht vor) hat der Gauleiter vom 1. April bis 30. Juni 1909 Herdede fünfmal besucht! Wir denken, das ist genügend. Bei Streichung des Vorwurfes bleibt vom Bericht zum Veröffentlichlichen nichts übrig. — Nimbach. Inserat kostet 3.40 Mk.

Von einigen neuen Zahlstellen wird angefragt, ob das übrige Material am Quartalschluß eingesandt werden muß. Antwort: Nein!

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr

Öffentliche Marmorarbeiter-Versammlung

im Verbandslokal, Seydelstrasse 30.

Tagessordnung:

Die gegenwärtige Lage in der Berliner Marmorindustrie.

Referent: Kollege A. Baumgarten.

Kein Marmorarbeiter darf fehlen. Jeder mache es sich zur Pflicht, die noch Unorganisierten mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Sobelbandstahl in vorzüglicher Qualität 15 x 0,38 mm u. 0,34 mm

Steinmetzbleistifte echt Reichsbahnsches Fabrikat, rund u. nach

Steinmetzbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmetzknüppel in prima Weißbuche und Chinaholz

Steinmetzwerkzeuge und Blutsteine

hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.



Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

Lieferung sofort.

Schürzen

Hausmacherseinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Zakkets, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfindlich preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Wichtig für Anfänger!

Steinmetzplatz und Verkaufsbraum in Berlin

als solcher langjährig betrieben, vis-a-vis Kirche, Nähe von vier Kirchhöfen, sofort billig zu vermieten. Offerten unter F. S. 100 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Techniker.

Zur Führung eines größeren Sandsteinbruches in Norddeutschland wird ein durchaus branchekundiger, kautionsfähiger, in Steinmetzarbeiten, dem Submissionswesen und dem Verkauf nachweislich erfahrener Techniker zum 1. Januar 1910 gesucht. Beteiligung am Reingewinn bis zehn Prozent wird gewährt. Offerten mit Gehaltsanspruch, beglaubigten Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter B. K. an die Exped. d. Bl. erb.

Tüchtige Plastersteinarbeiter

werden gesucht von Joseph Hauer, Bruchmstr., Häslich b. Bismheim, Sa.

Hamburg. Kollegen, die nach der Aussperrung am 2. Oktober d. J. in der Biberhaus beschäftigt waren, wollen zwecks Zufindung ihres Akkordgeldes die Adresse einsenden an J. Seeburger, Hamburg 35, Süderstr. 140, II.

Bad Dürkheim. Die Aussagen, die ich am 25. September in der Wirtschaft von Joh. Schwerdt gegen den Kollegen Frohnhöfer gemacht habe, nehme ich hiermit reumütig als unwahr zurück. Leopold Knörzer.

Hugo Rehnert

bitte um Deine Adresse. Joh. Weingart, Gross-Walditz.

Gestorben.

In Berlin der Kollege Alfred Raab, 36 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In Chemnitz der Kollege Karl Berenbold, 36 Jahre alt, an der Schwindsucht.

In Reichenhausen der Kollege A. Wild, 26 Jahre alt, infolge eines Unfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.

Berlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Famholder. Vors. u. Kass.: Heinrich Schumler.
Fensheim. Vors.: Alois Pongrach, Obergasse 11. Kass.: Nikolaus Schader III, Nekarstraße 14.
Fessenheim. Vors.: Karl Medling, Kass.: Joh. Ewald.
Fückheim. Vors.: Jakob Kalbfuß, Grethen. Kass.: Georg Heidemann, Grethen.
Eberbach (Baden). Vors. u. Kass.: Georg Schmidt, Wirtschaft Altien.
Frankfurt a. M. Vors.: Karl Reichmann, Steinmeh-straße 6, III. Kass.: Fritz Winkel, Zeil 74. — Reiseunterstützung wird von 7 bis 8 Uhr vom Kassierer ausgezahlt.
Heidelberg. Vors.: Eduard Lautenlos, Neumarkt 3. Kass.: Wilhelm Hildenbrand, Belfortstraße 2.
Hensbach a. d. Bergstraße. Vors. u. Kass.: Friedr. Weidenhammer.
Heppenheim. Vors.: Martin Graber, Friedrichstraße 18. Kass.: Bartholomäus Dejan, Hermannstraße 28.
Höhn (Odenwald). Vors.: Georg Wolf, Spezereihandlung. Kass.: Karl Rimberg.
Kaiserslautern. Vors.: Wilhelm Probst, Winterstraße 8. Kass.: Joh. Kettenbaum, Huberstraße 3.
Kirschhausen b. Heppenheim a. d. Bergstraße. Vors.: Xaver Fischer.
Krennach. Vors.: Phil. Seibert, Zimmerstraße 8. Kass.: Viktor Stortor, Planinger Straße 109.
Ludwigshafen a. Rh. Vors.: H. Heil, Bismarckstraße 11. Kass.: Jakob Stephan, Mundenheim, Bahnhofstraße 2.
Mainz. Vors.: Wilh. Knapp, Frauenlobstraße 14, II. Kass.: Adam Jeh, Goethestraße 24.
Mannheim. Vors.: Paul Hofmann, Krappenmühl-straße 7, IV. Kass.: Peter Fattler, Burgstraße 19.
Mehlingen (Niederrhein). Vors.: Jakob Latschar, Mehlingen. Kass.: Peter Gaul.
Meh. Vors. u. Kass.: Albert Buch, Al. Wingenstraße 19, I.
Neustadt a. d.ardt. Vors.: August Klingler, Mehger- gasse 13. Kass.: F. Holz, Königsbach.
Ober-Mörlen. Vors.: Anton Wagner, Kass.: Peter F. Burt.
Oberstein a. Nahe. Vors.: Jakob Flohr, Schulstraße 5. Kass.: Friedr. Flohr, Blind.
Offenbach a. M. Vors.: Viktor Quera, Viehrer Straße 55. Kass.: Peter Braun, Bürgel b. Offenbach, Kurfürstenstraße 13.
Virrasens. Vors.: Jakob König, Reihstraße 7. Kass.: Heinrich Ohlinger, Löwenbrunner Straße 10.
Reidenbach (Odenwald). Vors.: Peter Seibert, Felsberg-straße. Kass.: Ludwig Bernhardt, Felsbergstraße.
Reinheim. Vors.: Kaspar Bärner, Kass.: Johann Seidl, Großbiberan.
Rimbach. Vors.: Konr. Schmidt, Zogenbach. Kass.: J. Seidel.
Syrer (Pfalz). Vors. u. Kass.: August Semar, Kämmerer Straße 23a.
St. Johann a. d. S. Vors.: Ludwig Beck, Kronenstr. 4.
Wiesbaden. Vors.: Heinrich Mehl, Platterstraße 20. Kass.: Karl Beckmann, Wellrigstraße 44, II.
Zweibrücken. Vors.: Daniel Oberkirchner, Nieder-auerbach. Kass.: Ludwig Klein, Niederauerbach, Friedhofstr. 7.
Zwingenberg (Hessen). Vors.: Wilhelm Schwein, Kass.: Joh. Parant.

10. Gau. Vorort: Regensburg.
Afang (Post Bodenstern). Vors. u. Kass.: Joh. Artmann.
Angsburg. Vors.: Bernhard Fischer, Straße 30, Nr. 7. Kass.: Seb. Wagner, Kurstraße 61.
Annkirchen. Vors.: Jos. Stadler, Thonet, Post Pleinting.
B. Vors.: Joseph Schlagbauer, Dorf, Post Annkirchen.
Bad Aibling. Vors.: Hans Höller, Restaurant zum grünen Wald. Kass.: Franz Uhl, Gasthaus zum grünen Wald.
Bayerath. Vors.: Christ. Schmidt, Matrosengasse 6. Kass.: Joseph Kästle, Nikolausstraße 12.
Bened. Vors.: Leonhard Rost, Kurhausstraße 49b. Kass.: Johann Rüdelschel, Goldmühl.
Blaumberg. Vors.: Karl Vanke, Kass.: Xaver Mühl- bauer, Rindorf, Post Rothmaifling (Oberpfalz).
Bruckmühl. Vors.: Johann Gierster, Kass.: Wolfgang März.
Bühlberg (Niederbayern). Vors.: Franz Stadler, Sader- reuth, Post Bühlberg. Kass.: Max Hasenöhrl, Bühlberg.
Edenstetten. Vors.: Johann Kraus, Kass.: Xaver Kraus, Waibling.
Floß. Vors.: Ludwig Fuchs, Nr. 147. Kass.: Franz Weg.
Flossenbürg. Vors.: Heinrich Stahl, Kass.: Johann Hölz.
Geiers. Vors.: Johann Hahn, Grünstein. Kass.: Johann Weidenhammer, Nr. 129.
Hausenberg. Vors.: Xaver Weidinger, Leuthemühl. Kass.: Ludwig Knöblfeder.
Hof (Bayern). Vors.: Jos. Feldmeier, Siegmundgraben Nr. 27, II. Kass.: Karl Mergener, Marienstraße 57, II. — Reiseunterstützung „Zur guten Quelle“, Weberstraße 4.
Kaisershammer. Vors.: Georg Geiß, Wendenhammer, Post Marktleuthen. Kass.: Johann Franz.
Kalteneck. Vors. u. Kass.: Max Saller, Hutthurm.
Kelheim. Vors.: Georg Baumüller, Kass.: Georg Forstner, Alter Markt 95.
Kiezersfelden. Vors.: N. Weiland, Kass.: M. Feibl.
Kirchenlamitz. Vors.: Baptist Schindler, Kass.: Johann Popp.
Marktleuthen. Vors.: Georg Kispert, Kass.: Andreas Gruber, Habnith.
Metten. Vors.: Matthias Veitl, Kass.: Joseph Stettmeier.
Münchberg. Vors.: Heinrich Hartbauer, Bayreuther Straße 38. Kass.: Marian Bauer, Luisenstraße 5.
Münch. Vors.: Heinrich Erlacher, Schmellerstraße 20, II. Kass.: Xaver Käfer, Holzstraße 33, III.
Neuhaus a. Inn. Vors.: Franz Eberhard, Kass.: Joseph Hiller.
Neuforg. Vors.: Joseph Eiber, Kass.: Alois Kolbe.
Niederlamitz. Vors.: Wolfgang Stäudel, Kass.: Wolf- gang Nischel.
Nordendorf. Vors.: Johann Eiterer, Kass.: Joseph Ertl.
Pilgrimsreuth. Vors.: Christian Wolf, Kass.: Fritz Nödel.
Regensburg. Vors.: Karl Rufner, Werftstraße H. 229/2, pt. Kass.: Hans Riepel, Ledereggasse 127, II.
Rohrbach. Vors.: Martin Virl, Bodenstern bei Nittenau. Kass.: Leonh. Artmann, Wald bei Nittenau.
Ruhpolding. Vors. u. Kass.: Johann Schmidt.
Schwarzenbach a. d. S. Vors.: Hans Seub, Neustadt 375.
Selb. Vors.: Heinrich Hoffmann, Talstraße 339a. Kass.: Johann Hertel, Weidenbacher Straße 37.
Seußen. Vors.: Johann Matthes, Kass.: Joh. Kispert.
Sparnack. Vors.: Christian Bates, Einzing, Kass.: Hans Festsel.
Tittling. Vors.: Anton Stögbauer, Eisensteg, Post Titt- ling. Kass.: Alois Knab, Höhenberg.
Tröhan. Vors.: Johann Müller, Nr. 51. Kass.: Christ. Panzer, Nr. 60.
Weißstadt. Vors.: Heinrich Kiesling, Lange Straße 72. Kass.: Johann Kispert, Breite Straße 276.
Wunsiedel. Vors.: Fritz Grimm, Kass.: Johann Lieber- witz, Kemnater Straße 388.
Zell. Vors.: Andreas Gill, Reinersreuth (Post Zell). Kass.: Christoph Bloß, Zell (Oberfranken).

Würzburg. Vors.: Sebast. Sauer, Juliuspromenade 2, II. Kass.: Heinrich Brun, Güttenstraße 36, Hh.
Ziegelanger. Vors.: Joseph Brecht in Zeil. Kass.: Jo- hann Hoffmann, Zeil a. M.

Adressen der Landesorganisationen.
Internationaler Sekretär: Robert Kolb, Zürich (Schweiz), Bremgartner Strasse 7, Zürich III.
Afrika. Dott. Nicolo Converti, Rue de Marseilles prolongere, Tunis.
Amerika. (Marmor.) International Association Marble Workers, Mrs. James Fitzgerald, 500 East-Street, New York, City N. Y. — (Granit.) Granit Cutter Union, Mrs. J. Duncan, Quincy, Mass. — (Steinhauer.) James F. Mc. Hugh, 520 Ninth-Street N. W., Washington.
Australien. John Grand, Secretary Stonemasons, 300 Trafalgar-Street, Annandale, Sydney N. S. W.
Belgien. Lion Denis, Maison du peuple, Rue Joseph Stevens, Bruxelles.
Böhmen. Bedakce Kamendolnik, Hybernska Ul. C. 1033, Prag.
Bulgarien. Rinaldi Grimaz, Zar Simeon ul. 58, Rabotniceschi Klub, Sofia.
Dänemark. Marmor og Granitlibernien Förbund, S. Boule- vards 88, Kopenhagen W. Jörg Jensen, Frankesvey 6, pt., Kopenhagen F.
Deutschland. Paul Starke, Leipzig, Zeitzer Strasse 32.
England. Urialo Lovett, Highbury, Mount Correl, Loughboro. J. B. Webster, Bromfield Road 19 Grosfort, Newcastle on Tyne.
Finnland. Pissikainen Sirkuskalu 3, Helsingfors.
Frankreich. Federation Travailleur du Batiment, Rue de la Grange aux Belles 33, Paris.
Italien. Federazione Edilizia, Corso Siccardi 12, Torino.
Kroatien. Bauarbeiterverband, Ilica 50, Agram.
Niederlande. Stenhouwerverband, Raephorst-Straat 71, Rotter- dam.
Norwegen. Norks Stenarbeiderforbund, Kristiania.
Oesterreich. Steinarbeiter-Sekretariat, Schmalzhoferstrasse 17, Wien VI.
Oesterreichisch-Schlesien. Franz Wirkner, Sekretär, Friedeburg Nr. 17.
Russland. Cm. Temepopyar Cepnyroockar yi 634 Ko 16, Ipo- checcioharahoe oolem paornez ho oopaomkr, Mphopna Tparimna.
Schottland. Stoneworker Journal, Woodside, Aberdeen.
Schweden. Svenks Stenhuggareförbund, Halmstad.
Schweiz. Robert Kolb, Zürich III, Bremgartner Strasse 7.
Serbien. Bauarbeiterverband, Svetogorska ulica 1, Belgrad.
Spanien. Federacion Espanola de Trabajadores en piedra Prinzipe 61 (Centro Obrero) in Vigo.
Ungarn. Bauarbeiterverband, Szövetsey 43, Budapest VII.

9. Gau. Vorort: Karlsruhe.
Crailsheim. Vors.: Georg Beyh, Grabenstraße 18B. Kass.: Georg Reinhardt, Altminster, Kronprinzenstraße 88.
Derdingen (N. M.). Vors.: Christian Knodel, Kass.: Friedrich Renz.
Emmendingen. Vors.: Peter Weichmann, Kenzingen. Kass.: Joseph Gönner, Neustadt 13.
Esslingen. Vors.: Joh. Göb., Kass.: Johannes Richter.
Esslin (Elsass). Vors.: Konrad Widmer, Sohn.
Freiburg (Baden). Vors.: Johann Wannenmacher, Eschholzstraße 6. Kass.: August Illg, Konradstraße 22. — Herberge: Zur Güterhalle, Belfortstraße. — Reiseunterstützung zahlst August Illg.
Heubühl. Vors.: F. Rieger, Bachgasse 1. Kass.: Joseph Hasselwander, Bachgasse 35.
Höppingen. Vors.: Karl Hahn, Nördliche Ringstraße 58. Kass.: Joseph Singer, Rechenbergshausen.
Hagenau. Vors.: Jakob Vogel, Marientalstraße.
Hell. Vors.: Chr. Schneider, Günsberg 2. Kass.: Ad. Heinrich, Range Straße 39.
Hilbrunn. Vors.: Ernst Ganter, Böttingen, Friedensstr. 22. Kass.: Fr. Hägele, Neue äußere Weinsberger Straße.
Happelroden. Vors.: Joh. Weindl, Kass.: Alois Steiger.
Karlsruhe. Vors.: Alb. Wall, Gewissstraße 46. Kass.: Heinrich Buchholz, Weissenstr. 35. — Herberge: Zum Storch, Gartenstraße.
Knittingen (N. M.). Vors.: Ludwig Dieß, Kass.: Ludwig Richter.
Konstanz. Vors.: Georg Lederer, Belfortstraße 5. Kass.: Adolf Nagel, Konradigasse 20. — Herberge: Gasthaus Helvetia, Botanplatz.
Kolmar. Vors.: Anton Grein, Dornigweg 9. Kass.: Otto Gaus, Ingersheimer Straße 52.
Königsbach (Amt Bretten). Vors.: Karl Brand, Kass.: Heinrich Köhler.
Kahr (Baden). Vors.: Wilhelm Günter, Rappenthorstr. 11. Kass.: Albert Feiß, Geroldseder Vorstadt 41, II.
Kittschbach. Vors.: Georg Hasler, Kass.: Rob. Stroh- meier, Malsburg.
Machweiler (Post Diemeringen). Vors.: Heinrich Dindinger. Kass.: Adam Schuster, Spielplatz 118.
Mahlbrunn. Vors.: Emil Dörmal, Kass.: Friedr. Dehler.
Mühlhausen (Elsass). Vors.: Gustav Schlegel, Reppert-straße 50. Kass.: Ernst Rast, Fichtenstraße 58. — Die Reise- unterstützung wird beim Kassierer ausbezahlt. — Herberge: Elsfasser Hof, Sinnenstraße.
Neuenstein. Vors.: Albert Heugel, Heuberg (D.-N. Dehringen). Kass.: G. Breitenr.
Offenbach (Amt Bradenheim). Vors.: Wilhelm Kautter. Kass.: Wilhelm Altdinger.
Offenbach. Vors.: Ernst Kälber, Auguststraße 14. Kass.: Eug. Müller, Molltestraße 52, IV. — Herberge: Zum Anker, Gerberstraße.
Offenbach. Vors.: W. Müstig, Brödingen, Burgstraße 2. Kass.: Gottlob Agasse, Birkenfeld.
Rodolfzell. Vors.: Wilhelm Glatz, Kass.: Gottlieb Ergezinger, Gasthaus zum Frohsinn.
Schmie (N. M.). Vors.: Lorenz Heugel.
Siebach. Vors.: Karl Höll. Kass.: Franz E. Schnur.
Stetten. Vors. u. Kass.: Wilh. Stolzenthaler, Brom- bach (Kreis Rörach), Wilhelmstraße 1.
Strensels. Vors.: Christian Jüngling, Kass.: Friedr. Schlotterbed.
Stuttgart. Vors.: Eug. Waldhart, Rangstr. 107. Kass.: Karl Hagenlocher, Reudorf, Aloisiusstraße 30. — Reiseunter- stützung wird in Stadt Meh, Krutenaustraße, ausgezahlt. Her- berge: Zum Schwab, Heiliggeistergasse.
Stuttgart. Vors.: Karl Kuspfer, Gutenbergstraße 130. Kass.: Franz Glos, Fallerstraße 52, pt. — Die Reiseunter- stützung wird abends von 6 bis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus (Maurerbüro), Ehlinger Straße 17, ausgezahlt.
Sulzfeld (Bad.). Vors.: Gottfried Fundis, Bahnhofstraße.
Sulzfeld. Vors.: Karl Förster, Bahnhofstraße.
Ulm. Vors.: Jakob Bauder, Starengasse 17. Kass.: Balzhafar Walthar, Rosengasse 22.
Volksberg (Unter-Elsass). Vors.: Heinrich Hahn I. Kass.: Christian Stöbener.

11. Gau. Vorort: Würzburg.
Amerdingen bei Nördlingen. Vors.: Christian Dürr. Kass.: Nikolaus Luffert.
Bamberg. Vors.: Anton Göbel, Leimritt 3. Kass.: Joseph Krämer, Heilige Grabstr. 6.
Bedhe. Vors. u. Kass.: Ernst Hoffmann in Bed- heim bei Hilburgshausen.
Bürgstadt. Vors.: Aug. Münch, Kass.: Jos. Eberhardt.
Dorfprozelten. Vors.: R. Verberich, Kass.: E. Krebs.
Hartshausen (Post Berned). Vors.: Jos. Huppmann. Kass.: August Pfister.
Hilbrunn. Vors.: Joh. Sauer, Kass.: Jakob Schmitt, Gabelgasse 120.
Kaulbach. Vors.: Joseph Anton Fleckenstein, Kass.: Joh. Fleckenstein.
Kehrenbach. Vors.: Jos. Klingenbed, Kass.: Jos. Gren.
Friedenhausen. Vors.: A. Hoffmann, Kass.: Joh. Linz.
Höfleinheim. Vors.: Georg Fischer, Kass.: Thomas Rieger, Göttsheim bei Karlstadt.
Grünsfeld. Vors.: Simon Haaf, Kass.: Georg Schäffer, Hauptstraße 238.
Großmannsdorf. Vors.: Aug. Grieb, Kass.: Gg. Frank.
Gardheim. Vors.: Karl Roth, Kass.: Peter Meuser.
Heidingsfeld. Vors.: Adam Schneider, Klingenstr. 290. Kass.: Georg Schmidt, Johanniterstr. 228, II.
Hirshheim. Vors.: R. Ellwanger, Kass.: J. Schöffner.
Hilbrunn. Vors.: Mich. Koll, Kass.: Joh. Seemann.
Hilbrunn. Vors.: W. Rügemer, Kass.: J. Geith.
Kronach. Vors.: Georg Müller, Alern bei Kronach. Kass.: Joseph Weßbacher, Friedhofstraße 167.
Bühlberg. Vors.: Joh. Kiesel, Kass.: Jos. Härterich.
Kangen-ltheim. Vors.: J. Rauch, Kass.: A. Dümmler.
Kangenfeld. Vors.: Georg Seiß, Kass.: Johann Blüm- lein, Neustadt am Aisch, Nöfleinisdorf Nr. 37.
Marktbreit. Vors.: Joh. Partner, Kass.: G. Schmidt.
Miltenberg. Vors.: Max Gaul, Kaffeegasse. Kass.: Karl Sod, Hauptstraße 288.
Münnerstadt. Vors.: Nikolaus Goder, Gasthaus zum Löwen. Kass.: Joh. Barthelmes, Münnerstedt-Grube bei Reichert.
Nördlingen. Vors.: Samuel Hohberger, Hauhengasse 254B. Kass.: Fritz Göggelein, Herrengasse B. 34.
Nürnberg. Vors.: Kaspar Scheuring, Wölkernstr. 50, IV. Kass.: Johann Kraus, Poppenreutherstr. 8, II, St. Johannis.
Offenfurt a. M. Vors.: Leonhard Heinlein, Kass.: Joseph Enders, Würzburger Straße 252.
Pappenheim. Vors. u. Kass.: Joh. Streb.
Randersacker. Vors.: Joseph Wagner, Kass.: Wilhelm Mühlradt.
Reichenhausen. Vors.: Adolf Müb, Kass.: Alex Bauer.
Roth a. d. Rhön. Vors. u. Kass.: Reinhold Niz, Stetten, Post Sandheim.
Roth am Sand. Vors.: Xaver Meisinger, Kass.: Georg Morgeneier, Münchner Straße.
Rothenburg an der Tauber. Vors.: Joseph Stahl, Partershofen. Kass.: Wilhelm Vogelmann, Hafengasse 349.
Rottenbauer. Vors.: Martin Ed. Kass.: Joh. Schmidt.
Schepfloß (Mittelfr.). Vors.: Fr. Koch, Kass.: Aug. Unger.
Solmsfeld (N. M.). Vors. u. Kass.: F. Hüttinger, Nr. 4.
Stadtprozelten. Vors.: Karl Stahl, Kass.: Jos. Keller.
Urenn-lingen. Vors.: Gustav Pfahler, Friedrichstr. 268a. Kass.: Johann Napplein.
Waldbrunn. Vors.: Wilh. Merkert, Kass.: G. Siedinger.
Wörth a. M. Vors.: Ev. Ribbach, Kass.: Karl Schaab.

Ein Uebelstand.
 Schon mancher Leidensgenosse, die oft, leider zu oft die Landstraße bevölkern, haben hier und dort an der Art, wie die Auszahlung der Reiseunterstützung stattfindet, auszu- setzen gehabt. Sieht man abends in der „Penne“ mit einigen Kollegen zusammen, dann macht gar mancher seinem Ver- zogen Lust. Nichtiges und Unrichtiges, Verechtigtes und Unberechtigtes wird dort durcheinandergewürfelt. Es ist ja ganz natürlich, daß auf der „Tippel“, je nach der Dauer, sich eine Portion Groll gegen die heutige Wirtschaftsordnung mit allen ihren Schäden für die arbeitende Klasse aufspeichert, der in mehr oder minder scharfen Worten zum Ausdruck kommt. Ist der Uebelstand über das heutige wirtschaftliche Getriebe mit allem seinem Drum- und Dran für die Arbeiter bei dem Betreffenden ein Nazez, dann gibt es anregende Unterhaltung, Bestärkung in der Auffassung des Organisationsgedankens, und voll von guten Vorsätzen legt man sich zur Ruhe. . . .

Ist bei dem Betreffenden aber von einem klaren Erkennen in dem wirtschaftlichen Zusammenhang nichts zu spüren, nun, dann hagelt der Groll, den man nun einmal als „Tippelbruder“ in sich hat, auf alles nieder; man ist eben unzufrieden mit allem! Hauptächlich ist es die Organisation, der Verband mit seinen Einrichtungen, die als ungenügend, bürokratisch usw. hin- gestellt werden. Irigendein Vorkommnis am Ort wird der Ge- samtorganisation zur Last gelegt! Erklärlich ist es, aber nicht richtig! Naturgemäß ist es die Reiseunterstützung, die Art der Auszahlung, die Umständlichkeit, die Lauferei, die an einigen Orten erforderlich ist, um die paar Pfennige zu erhalten, auf die nicht wenige direkt angewiesen sind. Gar oft habe ich den Kol- legen bei solchen Auseinandersetzungen schon geraten, nicht zu verallgemeinern, sondern solche einzelne Uebelstände in unserm Fachorgan zu behandeln, dann wird auch ohne Zweifel Abhilfe an dem betreffenden Orte geschaffen.

Ein Hauptort, über den so oft von den reisenden Kollegen in dieser Beziehung „gestänkert“ wird, ist — Leipzig. Strebt man diesem Orte zu, dem Klein-Paris mit seiner lebhaft pulsierenden Arbeiterbewegung, dem Sitz unfres Verbandes, da denkt mancher, der an andern Orten mit der Reiseunterstützung üble Erfahrungen gemacht, in Leipzig wird es schon anders klappen! Aber weit gefehlt! Hier geht erst die Lauferei los, von Pontius zu Pilatus, von dem einen Werkplatz zum andern, vom Zentralbureau nach der Herberge usw. Auf dem Zentralbureau wird die Reiseunterstützung nicht ausgezahlt, das ist Sache der Ortsverwaltung! heißt es dort. Man bekommt dort ein Ver- zeichnis der Betriebe; der Platz, wo der Kassierer arbeitet, wird benannt, und kommt man dort an, ja, dann arbeitet der Kassierer nicht mehr dort; nun geht es zum Platz, wo der Vorsitzende ar- beitet, da ist dann mittlerweile Feierabend, und ohne einen Pfennig steht man da mit dem Gefühl eines Ausgestoßenen. Nun wieder zum Hauptbureau, dort Aufschluden, näherer Bescheid ist auch ihnen nicht geworden, wo die Unterstützung nunmehr zu holen ist. Also warten bis andern Morgen. Gebraucht man nun die paar Groschen notwendig, dann ist es eine heftige Situation. An das gute Herz des Herbergsverwalters zu appellieren, ist nicht jedermanns Sache. Wäßen die Kollegen im Zentralbureau nicht Verständnis gehabt, verfiere mir schon mancher, nun dann — willkommen feuchte, kalte Nacht!

Dies ist ein Uebelstand, dem wohl abzuhelfen ist. Es wird doch in Leipzig nicht schwer fallen, in irgendeinem bestimmten Lokal die Auszahlung vornehmen zu lassen, eventuell in der Her- berge durch den Verwalter, oder ein Kollege wird beauftragt, jeden Tag zur festgesetzten Stunde in der Volksbühnenherberge an- wesend zu sein usw. Das „Wie“ muß natürlich die Zahlstelle regeln und kann es auch! Ich glaube bestimmt, daß die Mehr- zahl der Leipziger Mitglieder gar nicht davon unterrichtet ist, welche Schwierigkeit die Erhaltung der Reiseunterstützung für die Reisenden verursacht; es wäre des Schmelzes der Ecken wert, hier Remedeur zu schaffen. Gar mancher hat schon geklagt, aber sich noch nicht dazu aufschwingen können, den Uebelstand zu besprechen; deshalb hole ich es nach. Beabsichtigt ist nun meiner- seits etwa nicht, eine Polemik zu entfesseln, in der mir die Ver- waltung nun haarlein nachweist, daß es an den Arbeitsver- hältnissen, Wohnungsverhältnissen usw. liegt. Dieses leugne und verkenne ich durchaus nicht. Dieselben Verhältnisse sind auch in andern Großstädten (Berlin, Hamburg u. a.), wo es ebenfalls längst zum Besten der „Reisenden“ geregelt ist. Also eine Polemik wäre weniger angebracht, ich antworte auch nicht darauf! Zweck dieser Zeilen ist nur: dem gekühten Uebelstand abzuhelfen! Vielleicht nehmen es sich auch einige andre Orte zu Herzen. . . .

Einer für viele.